

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthvollen Bevölkerung.

Freisprecher Nr. 928

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Freisprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10

Sonntag, den 13. Januar 1906.

13. Jahrg.

Wissens- und Fortschritt

Kriegsgewölle.

he. Was ist denn eigentlich in Marokko los? Man hat es bisher nicht gemerkt, und nach Erscheinen des Beschlusses weiß man es erst recht nicht. Die Sache ist nach blühendem Scheitern der hohen Diplomatie. Trotzdem wir jetzt 1906 leben, kann einem gebildeten Volk von 60 000 000 Menschen der Einblick in die diplomatischen Manöver, an denen über sein Schicksal entschieden wird, vollkommen vorenthalten werden. Wenn dann der Kriegsfall wirklich eintritt, so wird dem Volk zugemutet, Gut und Blut zu opfern in einer Angelegenheit, deren Zusammenhang ihm gar nicht bekannt ist. Nicht einmal vorbereiten kann sich das Volk auf eine solche Eventualität, denn alle Reaktionen verlaufen unausführlich, das heißt die vollkommenen Forderungen und ihr einziges Ziel die Erhaltung des Friedens sei. Der Krieg bricht also, wenn er kommt, wie ein Blitz aus heiterem Himmel herein; Millionen Menschen müssen unvorbereitet ihre Werkstätten und Arbeitsplätze, ihre Geschäfte und Gewerbetriebe aufgeben, eine unübersehbare Menge von Geschäftsbetrieben müssen still stehen infolge der Störung der Handelsbeziehungen nach allen Seiten, zahlreiche Familien müssen ihre Ernährer für die Arme und Flotte hergeben, und was sonst die Anforderungen der Kriege an die Völker sind. Alles dies muß ein Volk unbefragt über sich ergehen lassen im zwanzigsten Jahrhundert! Zunächst müssen für einen Krieg ungeheure Kosten aufgewendet werden, die dem Volk direkt oder indirekt zur Last fallen. Siegen wir, so wird dem Besiegten eine „Erschädigung“ zu zahlen auferlegt, allein die am meisten Schäden gestiftet, werden von dieser Erschädigung ganz wenig oder nichts bekommen. Werden wir aber besiegt, so legt der Sieger uns eine Kriegsschuld auf, und in diesem Punkte sind nicht alle Mächte so bescheiden wie die Japaner. 1871 hat Bismarck den Franzosen fünfzig Millionen abgenommen, abgesehen von anderen Kontributionen extra auferlegt. Wenn einmal die Franzosen in einem Kriege mit Deutschland Sieger bleiben, dann werden sie Deutschland das alles wieder abnehmen und noch ein erhebliches dazu. Und das muß dann das Volk bezahlen, das von den fünf Milliarden Schmerzensgeld noch Schaden gehabt hat, weil sie eine Schwindselperiode beibehielten, die mit einem wirtschaftlichen „Kraach“ respektive mit einer langandauernden Krise endigte.

Trotz der großen Worte des Reichskanzlers v. Bülow sieht es in der bürgerlichen deutschen Presse nicht an Blüthen, die erklären, was sehr der Marokko-Konferenz mit wachsendem Unbehagen entgegen. Dabei beschwert man sich über die englische Presse, welche eine heftige Deutscherbeizung betreibt. Gewiß ist dies ein Teil der englischen Presse, aber da hallt es nur aus dem Walde heraus, wie einem geschrien worden ist. Wir wollen nicht die lächerliche Frage aufwerfen, wer angegriffen hat; die Engländerische in Deutschland war unsere Grabschrift aber schlimmer, als die Deutscherbeizung in England. Der dramatisierende Ton der deutschen Reichsblätter hängt immer noch mit den Erinnerungen von 1870 zusammen; daß die Rolle des Siegers und des Besiegten zwischen Frankreich und Deutschland schon gar oft gewechselt hat, kommt diesen Narren garnicht in den Sinn. In England kämpfen radikale und sozialistische Stimmen ebenso vergeblich gegen die Säbelkrasser, wie wir und einige kleine bürgerliche Gruppen in Deutschland. In Italien macht sich in der Presse eine erregte Stimmung gegen die deutsche Politik geltend, und es wird sehr bemerkt, daß Herr Bismarck Venosta, der Italien auf der Marokko-Konferenz vertreten soll, als ein Freund Frankreichs bekannt ist. Das Volk in England, in Frankreich, in Italien weiß auch nicht viel mehr von den geheimen Manövern, als das deutsche; wenn sich die Völker auch nicht hassen und übereinstimmend den dringenden Wunsch haben, in Frieden miteinander zu leben, so ist doch die Abneigung gegen die Bismarck'sche Politik fast allgemein. Und warum auch nicht? Das deutsche Volk würde, wenn man es durch eine Abstimmung befragen wollte, dieselbe ja auch verurteilen.

Über die Dinge, die zur Marokko-Konferenz geführt haben, ist wenig bekannt. Es scheint, daß der Sultan von Marokko, der seine Selbständigkeit wahren will, am Deutschen Reich einen Rückhalt gegen England und Frankreich sucht. Aber wenn dies des Pudels Kern ist, so müßten sich doch die Mächte, bei einigem guten Willen, in dieser Sache leicht verständigen können. Da sind doch schon tausend unendlich leichtere Fragen gelöst worden. Wir erinnern uns an die Affäre von Gall, an die ägyptische, kretische, mazedonische Frage usw. Durch Beschlüsse man Delcasse als den Störenfried, der alle Verständigung hintertreibe. Man ist Delcasse beizugehen, und die Verständigung ist, wenn man den neuesten Mitteilungen glauben will, noch schwieriger geworden als zuvor. Da ist ein unbekanntes

Etwas vorhanden, was die Situation erschwert und die Gefahr von Verdächtigungen mit sich bringt. Wir können darüber nur Vermutungen anstellen: dieselben zu äußern, wäre nutzlos. Die Sache ist Geheimnis der Diplomatie.

Man spricht von Kriegsvorbereitungen. Von den Franzosen heißt es, daß sie an ihrer Dünge allezeit dahin gerichtete Maßnahmen treffen; von englischen Verleumdungsgeschichten wird berichtet, daß sie sich auf den Krieg einrichten. Auf solche Dinge ist allerdings nicht viel zu geben. Man hat es dem früheren englischen Ministerium zur Last gelegt, daß es Frankreich durch die Ansicht auf die Hüfte Englands im Kriegsfall habe ermitteln lassen. Das mag sich in Wahrheit verhalten wie es will — wenn infolge der Marokko-Frage ein Krieg ausbrechen würde, so würde man England und Frankreich gegen Deutschland vereint sehen. Daran wird es gar nichts ändern, daß an Stelle des „imperialistischen“ Ministeriums in England nunmehr eine liberale, mehr friedlich gestimmte Regierung getreten ist.

Der Reichskanzler hat einmal davon gesprochen, daß das Deutsche Reich sich darauf gefaßt machen müsse, im nächsten Kriege allein zu stehen. Das muß es zur Zeit unter allen Umständen; ein Blick auf die Situation genügt, um uns davon zu überzeugen. Aber eben deshalb glauben wir nicht ohne weiteres an diesen Krieg in dem die Chancen des Deutschen Reiches so gering, die Wahrscheinlichkeit des Mißerfolges aber so groß wäre.

Sollten sich aber wegen Marokko die Gegensätze so zuspitzen, daß eine Verständigung unmöglich würde; sollten dann in England jene Strömungen die Oberhand gewinnen, welche immer darauf gerichtet waren, einen Krieg zwischen England und Deutschland herbeizuführen, so lange die deutsche Seemacht noch in der Entwicklung begriffen und eine Verstärkung ihrer Flotten, Arsenale und Waffen möglich ist — nun, dann würde die historische Verantwortlichkeit dafür jene Flottenpolitiker treffen, deren herausforderndes Treiben den englischen Chauvinismus so sehr gefördert hat. Auf alle Fälle kann das britische Reich leichter eine Niederlage verkraften, als das deutsche, welches letzteres selbst bei einem unermesslichen Kriege einer schweren wirtschaftlichen Krise resp. einem wirtschaftlichen Zusammenbruch wohl kaum entgehen könnte.

Näme es trotz alledem doch zu einem Kriege, so würde sich ohne Zweifel bald zeigen, wer dessen wirklicher Urheber ist, und das könnte auf den Verlauf des Krieges nicht ohne weitgehenden Einfluß bleiben.

Wir wiederholen: Wir glauben vorläufig nicht an einen Krieg. Die Konsequenzen wären für alle Beteiligten unübersehbar, und deshalb wird man sich wohl bemühen, den Stein nicht ins Rollen kommen zu lassen — so lange man kann.

Politische Nachrichten.

Im Reichstage wurde am Donnerstag die erste Lesung der Steuervorlagen fortgesetzt. Wieder eine Sitzung von ermüdender Langweiligkeit! Der Schatzsekretär v. Stengel versprach „kurze Bemerkungen“ und schlang eine zwei-stündige Rede, die in einen Hymanus auf den Ruhhandel ausklang. Veltmow der Rede war die Behauptung, daß Bier und Tabak noch viel mehr Blut lassen können, als die Regierung ihnen abzugucken sich anseht. Zum Ueberflus war die der preussische Finanzminister Frhr. v. Helldorf in dem Laufe der Sitzung mit einer Ansprache über den Stengel-Rede auf, die er durch einen Ausbruch von sozialdemokratischer Pfefferparade etwas schwächerer zu gestalten suchte. Aus dem Hause sprachen der Nationalliberale Bahig, der die Eisenbahneinnahmen der Einzelstaaten von Reichstagen zu besteuern vorschlug, der menschenfreundliche Graf Rantzau, der den Streckenbahnverkehr befürworte und über die unerträglichen Lasten der sozialen Schiebung herzerbrechend lamentierte, Herr Gump, der eine Interpellation vorschlug und die Freisinnigen Barbed und v. Gerlach, deren Reden unter der vorgeschrittenen Tageszeit zu leiden hatten. Am Freitag Fortsetzung.

Zu dem aufsehenerregenden Urteil gegen Genossen Doebe in Breslau bemerkt der „Vorwärts“: Dies Breslauer Urteil übertrifft beinahe noch die Schreckensurteile, die in den letzten Tagen von den sächsischen Gerichten gegen wirkliche und vermeintliche Wahlrechtsdemonstranten gefällt worden sind. Der Auspruch, in dem das Breslauer Gericht eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erblickt, liegt vor uns. Es ist uns vollständig räthselhaft, wie das Richterkollegium in diesem Auspruch ein derartiges Delikt zu entdecken vermochte. Der Auspruch enthält zum größten Teil eine Schärfe, aber sich strengstens an die allerdings aufreizenden Tatsachen haltende Darstellung des preussischen Dreiklassenwahlrechtes und der sich daraus ergebenden absoluten Minderwertigkeit der Arbeiterklasse. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß bei der letzten preussischen Landtagswahl im Jahre 1903 weit über dreihunderttausend sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden und trotzdem nicht ein einziger Vertreter der Arbeiterklasse in den Landtag entsendet werden konnte, wäh-

rend die konservativen Volksausbeuter mit annähernd gleicher Stimmenzahl 143 Abgeordnete in den Landtag zu entsenden vermochten! Es wird alsdann die Reaktionspolitik des preussischen Landtages gegethelt und speziell das Vergewaltigungs-Gesetz als Beispiel jener Sozialreform zitiert, die das Reichsparlament für die Arbeiterklasse übrig hat. Auch die übrigen Reaktionsstatuten auf dem Gebiete des Volksschulwesens, des Volkswesens, der Rechtspflege, des Eisenbahnwesens und der Arbeiterfragen werden kurz charakterisiert. Es wird alsdann die Notwendigkeit betont, daß dieser Zustand endlich abgeändert werden müsse. Der Wille des Volkes müsse das oberste Gesetz sein, dann erst könnte Freiheit und Wohlergehen herrschen. Der Auspruch schließt mit einem Hinweis auf die Freiheitskämpfe in Rußland und Oesterreich. Es sei auch die Reihe, den Kampf um die Eringung des gleichen Wahlrechts aufzunehmen, an die deutschen Arbeiter gekommen. Der Kampf dürfe nicht eher enden, bis der Sieg errungen, bis das Unrecht zertrümmert sei. Das deutsche Proletariat habe zu zeigen, daß es in Ehren den Ruf genieße, der Pionier der internationalen Arbeiterarmee zu sein. — Wir halten es geradezu für eine juristische Ungeheuerlichkeit, in diesem Auspruch eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu erblicken. Die Richter, die diesen Urteilspruch fällten, müssen eine unbegreifliche Unkenntnis der sozialdemokratischen Anschauungen und der sozialdemokratischen Taktik besitzen, um aus einzelnen mißverständlichen rhetorischen Wendungen auf die Absicht oder auf die Wirkung einer Aufreizung zu Gewalttätigkeiten schließen zu können. Offenbar haben sie die Wendungen: „Proletariat stellt die Waffen nicht mehr aus der Hand“, so aufgefaßt, daß es sich hier um einen physischen Kampf im Heugabelsinn handele. Eine auch nur geringfügige Kenntnis der deutschen Sozialdemokratie hätte aber die Richter davon überzeugen müssen, daß diese Wendungen nicht nur bildlich gemeint waren, sondern von den Lesern auch unter diesen Umständen anders verstanden werden konnten. Diese rhetorischen Wendungen erhalten auch keinerlei andere Bedeutung durch den Hinweis auf Rußland, wo ein unterdrücktes Volk im Kampf um seine Menschenrechte sein Blut vergießt. Ein solcher Hinweis war angebracht bei gegenwärtigen Situation ganz selbstverständlich. Daß es sich nicht darum handeln konnte, die preussische Arbeiterklasse ebenfalls zum Blutvergießen aufzufordern, ergab sich ja schon daraus, daß diesem Passus unmittelbar der Hinweis auf Oesterreich folgte, wo der Kampf ja ausschließlich in Gestalt von friedlichen Kundgebungen geführt wurde. Daß man den Auspruch trotzdem als Aufreizung zur Gewalttätigkeit betrachtete, während die Gerichte hundertfache Aufreizungen des Dreiklassenwählers als harmlose Wilderparade anzusehen pflegten, das macht das Breslauer Urteil noch unverständlicher. Die Wirkung solcher Urteile kann nur die sein, die Entwürdigung der Arbeiterklasse zu fördern und die der Sozialdemokratie noch indifferent gegenüberstehenden Schichten für die sozialdemokratischen Lehren nur empfänglicher zu machen. Da man aber nur Einzelne, nicht aber Millionen einzeln kann, wird der Wahlrechtskampf des Proletariats unüberwindlich sein.

Schleppenträger der Reaktion. Vor wenigen Tagen hatte Herr Ehrhard Barth in der „Hilfe“ dargelegt, daß von der Haltung des Freisinn in der Wahlrechtskampagne dieses Jahres das politische Schicksal des Freisinn abhängen werde. Setze sich das liberale Bürgertum der historischen Mission, gleichfalls den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht aufzunehmen, nicht gewachsen, so beweise es, daß es dauernd die Rolle eines bloßen Schleppenträgers der Reaktion spielen wolle und der Freisinn seine politische Existenzberechtigung verliere. Der „Vorwärts“ nagelte darauf eine Auslassung der freisinnig-volksparteilichen „Berl. Stg.“ fest, in der die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung in der schamlosesten Weise verunglimpft wurde. Und jetzt kann aus den Auslassungen eines Blattes, das der engeren Partei des Herrn Barth selbst angehört, nachgewiesen werden, wie das liberale Bürgertum seine „historische Mission“ in Wirklichkeit aufsaßt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in einem Artikel:

„Aber die überlebens gewordene Sozialdemokratie will sich bei der Dresdner Blamage nicht beruhigen, sondern am nächsten einundzwanzigsten oder zweiundzwanzigsten mit ähnlichem Straßenlärm und mit Massenversammlungen überall im Deutschen Reich ihr Hehl verkünden. Der ganze, mit so vielem Bombast angesagte „Kaba“ wird wie ein nagelgeborenes Feuerwerk wirkungslos verpuffen.“

Ehrhard Barth betonte in seinem Artikel, daß die Massenbewegung der Sozialdemokratie notwendig sei, um das Dreiklassenwahlrecht zu erschüttern; das „Berl. Tagebl.“ zieht es jedoch vor, durch Anpöbelung der Sozialdemokratie und blöde Herabsetzung

der proletarischen Protestbewegung die „Rolle eines bloßen Schleppentüchlers der Reaktion“ zu spielen. Armer Reich! Das Reichstagswahlrecht in Gefahr? Die „Lib. Corr.“ will wissen, man erzähle sich in gewöhnlich gut unterrichteten politischen Kreisen einer großen Hansstadt, daß an den maßgebenden Stellen jetzt die Absicht bestehe, einer Reform des preussischen Wahlrechts zuzustimmen, allerdings gegen — noch nicht näher bezeichnete — Kompensationen hinsichtlich einer Abänderung des Reichstagswahlrechts. „Es haben also offenbar“, meint die „L. C.“ dazu, die seit Jahren unangesehnt wirkenden Bestrebungen, das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern, an den entscheidenden Stellen ein offenes Ohr gefunden, und man versucht jetzt diese Aktion mit geringfügigen Konzessionen auf dem Gebiete des preussischen Wahlrechts zu verknüpfen.“ — Es ist nicht ausgeschlossen, daß die „Lib. Corr.“ hier richtig unterrichtet ist. Das deutsche Volk muß also auf der Hut sein!

Eine interessante Debatte zeitigte die Beratung des Militäräretats in der bayerischen Kammer. Am Mittwoch hatte Genosse Kollwagner den Bohn der „Patrioten“ durch den Ausspruch: „Unser Vaterland ist da, wo es uns gut geht“ erwidert. Gestern enthielt sich nun der Bohn der „Hochheulen“ über das Haupt unseres Genossen. Das gab Genossen v. Bollmar Gelegenheit zu längeren Ausführungen über die angebliche Vaterlandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie. v. Bollmar erhob zunächst Widerspruch gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit und bewertete unter anderem: „Wer mir persönlich den Vorwurf machen sollte, ich sei Vaterlandsfeindlich, würde meine Antwort nicht vergessen. In den Worten: „Wo es uns gut geht, ist das Vaterland“ ist ein Richtspruch. Das Vaterland soll es mit seinen Kindern gut meinen und soll nicht ein Rabenvaterland sein, indem es die Bürger bedrückt. Das Wort ist aber nicht erschöpfend und von der Sozialdemokratie nicht als programmatisch angesehen worden. Die gemeinsame Kultur und vieles andere macht uns das Vaterland teuer. Der beste Beweis für unsere Vaterlandsliebe ist, daß wir alle Opfer bringen, um das Land nach allen Richtungen hin möglichst vollkommen zu gestalten. Was die Haltung der Sozialdemokratie zur Armee betrifft, so stehen wir noch auf unserem alten Standpunkte.“

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks. Der Verein der Tabakinteressenten Berlins, der Verein deutscher Tabakfabrikanten und Händler, der Verein deutscher Zigarettenfabrikanten und die Vereinigung der Zigarettenhändler Berlins unterbreiten gemeinsam dem Reichstage eine Petition, die sich gegen die verschiedenen Erhöhungen der bisherigen Steuerzölle, besonders gegen die Sonderbesteuerung der Zigaretten wendet.

Was Teufel! Das führende Organ der unentwegt freisinnigen „Volkspartei“, die „Freie Deutsche Presse“ der Abgg. Richter und Mäler-Sagan, verländert abermals ihre Solidität mit dem Parentum im allgemeinen und den Utdürftigen Moskauer Ordnungsbänditen im besonderen. Mit hoher Geringschätzung konstatiert das Papier, daß es der russischen Regierung gelungen sei, „den Unruhegeistern das Handwerk vollständig zu legen“. — Und das nennt sich freisinnig, das nennt sich Volkspartei! Ob es dem Blatt gar nicht zum Bewußtsein kommt, wie sehr es mit demartigen Insanien auch das Ansehen der revolutionären Kämpfer des deutschen Bürgertums selbst besudelt, jener „Unruhepflaster“, die im stillen Friedhof zu Berlin begraben liegen, und denen es die preussische Regierung auch mit Pulver und Blei „das Handwerk zu legen“ suchte?

Rußland.

„Es herrscht Ruhe.“ Nachdem über das Gouvernament Cherson der Kriegszustand verhängt worden war, ist dort die Ruhe wieder eingekehrt. An verschiedenen Orten geben die Bauern das geraubte Gut zurück. Die Eisenbahnen sind in regelmäßigem Betrieb. Eine Dynamitüberladung wurde in Dbeffa entdeckt, viele Waffen wurden beschlagnahmt und eine Anzahl Aufständische verhaftet. Im Nohlenbezirk verkehren nie Jüge ebenfalls. — Wir wollen nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß es sich hier um eine offiziöse Meldung handelt. Ob resp. inwieweit sie zutrifft, ist nicht zu beurteilen. Wenn aber wirklich Ruhe herrschen sollte, dann ist es Friedhofsruhe!

Die Raube der Zarenkinder. Die „Times“ melden aus Moskau: Ahtzehn Revolutionäre, darunter ein Deutscher namens Schmidt, der Eigentümer einer bekannten Möbelfabrik im Moskauer Stadtteil Presnja, sollen am 6. d. M. in Moskau hingerichtet worden sein.

Ein revolutionärer Reserveoffizier. Ueber Demberg wird aus Warschau gemeldet: Der Kammerer Ghulski, Reserveoffizier, der die Verhaftung eines Mannes, der revolutionäre Broschüren verteilte, verhindern wollte, wurde selbst verhaftet.

Sollte er sich auch nicht verrechnet haben? Bitte soll die Ueberzeugung ausgesprochen haben, daß die aus der Mandtschurei zurückkehrende Armee die Wiederherstellung der Ruhe im Innern bedeutend fördern werde; demoralisiert seien nur die Truppen im Rücken der Armee, etwa 30 Prozent der Mandtschureiarmer, dagegen seien 70 Prozent gut diszipliniert und zuverlässig. — Wir wollen's abwarten!

Die Revolution im Kaukasus. Aus Dbeffa wird gemeldet: Die Nachrichten aus dem Kaukasus lauten sehr alarmierend. Sämtliche Städte im Ruffengebiet befinden sich in hellem Aufruhr. In Nowo-Rossisk sowie in Poti haben die Revolutionäre eine eigene Regierung eingesetzt. Diese verfügt über mehrere Dampfer sowie über die Eisenbahn. Alle Frachten, die über diese beiden Städte gehen, tragen den roten Stempel der neuen Regierung. Der Nowo-Rossisk ist der Panzer „Rossiklaw“ eingetroffen, der die Stadt bombardiert. — Wie weiter berichtet wird, hat sich der Statthalter des Kaukasus mit seiner ganzen Familie und dem gesamten Stab in Sicherheit gebracht. Nachdem er eingesehen hatte, daß die im ganzen Kaukasus herrschenden Unruhen, besonders in seiner Residenzstadt Tiflis, täglich bedrohlicher werden, vertauschte er sein Statthalterpalais mit dem Klostermönch. Das zu diesem Zweck ausgesandte

Mehrere Kloster wurde, so gut es ging, zur Aufnahme des Statthalters hergerichtet, stark besetzt und verproviantiert. In der Nähe dieser neuen Residenz des Statthalters Grafen Woronzow-Daschkow lagern zahlreiche Truppen. Ein tüchtiger Beamter, der Herr Graf!

Die Offizierprovinzen. Aus Petersburg wird gemeldet: In Mieschiza nahmen die Truppen 15 Lettenführer gefangen, außerdem ist einer erschossen; der Hauptführer Brand entkam. — In Riga wurde in der Nacht in der Hospitalkasse ein durchziehendes Bataillon aus drei Häusern beschossen. Von den Truppen wurde das Feuer erwidert; 13 Personen wurden verhaftet. Bei der darauf folgenden Hausdurchsuchung wurden Waffen gefunden. Die Ausländischen haben im Kreise eigene Wertzeichen mit dem Wilson's; eines Führers in Umlauf gesetzt. — Die Stadt Temsal im Kreise Wolnow ist von Truppen des Generals Dolow eingeschlossen. — Der aus London in Riga eingetretene Dampfer der Norddeutschen D. Langing u. Grimm „Mischel“ ist angeblich in die Hände der Revolutionäre gefallen. Diese bemächtigten sich der auf dem Schiffe befindlichen Waffen.

Wahlversammlungen zur Reichs-Parlamentwahl sind vom 28. Januar an gestattet — natürlich vorläufig nur auf dem Papier. Die Praxis wird auch hier sehr stark von der Theorie abweichen.

Oesterreich-Ungarn.

Opfer der Wahlrechtsdemonstration. Wegen Beteiligung an am 2. Januar d. J. stattgefundenen Wahlrechtsdemonstrationen wurde der Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Tauschler, zu einer Woche verhörfärstem Arrest verurteilt.

Frankreich.

Vom Senat. Der Senat wählte Fallières mit 173 von 249 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. Januar 1906.

17. Sitzung, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung Frhr. von Stengel, Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung über die Reichsfinanzreform und die fünf Steuerentwürfe.

Reichstagssekretär Frhr. v. Stengel: Ich kann nicht umhin, auf die vielfachen Angriffe meinerseits zu antworten, doch werde ich mich auf einige Ergänzungen und Erwidierungen beschränken. Ich habe nicht gesagt, die ganze Reichsfinanzreform würde scheitern, wenn der Reichstag einen Stein herausnehmen würde; ich habe nur gesagt: wenn Sie einen Stein herausnehmen, so riskieren Sie (Schallende Heiterkeit), daß das ganze Gebäude einbricht. Anders steht es, wenn ein Stein durch heftigeres Einverständnis durch einen anderen ersetzt wird. — Man wirft uns vor, daß wir Steuern auf Vorrat fordern. Ich fürchte aber, wir haben die Beträge des neuen Zolltarifs schon zu hoch eingekalkuliert. — Der § 6 des Flottengesetzes wird fortgesetzt gerade von den Parteien ins Feld geführt, die, wie die freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokraten, gegen die Flottenvorlage gestimmt haben. — Der Reichsverfassung widerspricht die Erbschaftsteuer nicht, die in Preußen unter dem Titel der indirekten Steuer und in Sachsen als Stempelsteuer geführt wird. Die Vorwürfe wegen der Ausgabensteigerung treffen nicht nur die Regierungen, sondern auch die Mehrheit des Reichstags, die doch diese Ausgaben bewilligt hat. Der eigentliche Grund der ganzen Finanzmisere liegt darin, daß es seit Jahrzehnten zahlreiche Elemente im Reichstage gibt, die in der Bereitelung einer nachhaltigen Kräftigung der Reichsfinanzen ihre Hauptaufgabe suchen. — Die Abgg. Dr. Wiemer und Dr. Bachmiche haben eine Reform der Branntweinsteuer-Gesetzgebung angeregt. Eine solche ist zwar nicht für immer, wohl aber für den Augenblick unangänglich; wenn sie aber kommen wird, so wird sie schmerzlich im Sinne derer erfolgen, die sich für eine Abschaffung der Liebesgaben erwärmen. — Ich komme nun zur Brausteuern. Seit meinem Amtsantritt habe ich es als eine meiner Hauptaufgaben betrachtet, dem stetigen Sinken der Brausteuern-Entträge entgegenzuwirken. Wenn der Schanksteuer, der Profit der Gastwirte, an einem Liter Bier in Norddeutschland 22 Pf. beträgt, so wird das Reich doch wohl berechtigt sein, 1/10 Pf. Steuer pro Liter zu erheben. Die Staffelung hat in Bayern, wenn auch nicht die Zwergbetriebe, so doch die mittleren Brauereien vor der Auflösung durch die Großbetriebe bewahrt, dagegen ist in Norddeutschland unter der niedrigen Steuerbelastung bei Verdreifachung der Produktion, die Zahl der Betriebe in den letzten 30 Jahren von 13 000 auf 6000 herabgesunken. Ueber Einzelheiten der Staffelung wird die Regierung gern mit sich reden lassen. Auch in Württemberg hat die Staffelung in weit höherem Grade dem Konzentrationsprozeß entgegengekömmt, als Dr. Siedelmann gestern zugehen wollte. Das Surrogatverbot ist jedenfalls ein besseres Mittel gegen den Schnapssteufler, als die minimale Verbilligung des Bieres um ein paar Pfennig. In England ist das Bier 8 mal höher besteuert als bei uns. Ich verlasse jetzt das Bier und komme zum Tabak. Trotz des Uebergangs von der Pflanze zur Zigarette ist der Konsum des Tabaks auch quantitativ gestiegen. 1879 wurde auch der Ruin der Tabakindustrie und der Tabakarbeiter prophezeit; die Prophezeiung hat sich aber nicht erfüllt; die Zahl der Tabakarbeiter hat auch in Norddeutschland zugenommen, wenn auch natürliche Vorzüge eine gewisse Verschiebung der Tabakindustrie vom Norden nach dem Süden veranlassen; die Löhne der Tabakarbeiter sind gestiegen. Der Tabak ist ein vorzügliches Steuerobjekt, er ist, um von den Monopolländern ganz zu schweigen, in England um das Fünffache höher besteuert als bei uns. Die einzige Zigarettenpapierfabrik, die sich in Deutschland befindet, hat über die vorgeschlagene Besteuerung des Zigarettenpapiers keine Klage geführt. Bei den Verbrauchssteuern handelt es sich zumest um Beiträge von 5 und 10 Pf., die doch nicht besonders erschwerend wirken können. Die Regierungen sind aber bereit, den Wünschen des Reichstags möglichst weit entgegenzukommen. Die hier gemachten Ausführungen haben die schwereren Bedenken der verbündeten Regierungen gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten und Ehegatten nicht beseitigen können. (Bravo rechts.) Die Befreiung der Landesfürsten entspricht den in Deutschland herrschenden staatsrechtlichen Grundfragen; die Bemerkung des unbeweglichen vor dem beweglichen Kapital

entspricht der Tatsache, daß das letztere leichter der Kontrolle entziehen kann. — Auf die zahlreichen Steuerentwürfe aus dem hohen Hause kann ich jetzt nicht eingehen. Die Regierungen werden das Ergebnis der Kommissionsberatungen abwarten und voraussichtlich zwischen der zweiten und dritten Lesung zu den Reichstagsbeschlüssen Stellung nehmen. Ich schließe mit dem aufrichtigsten Wunsche, daß eine Einigung über den vorliegenden Gesetzentwurf zwischen den gesetzgebenden Faktoren erzielt werden möge. (Bravo! rechts.)

Dr. B a g i g (M.): Die Sozialdemokratie will alle indirekten Steuern abschaffen und die großen Vermögen konfiszieren. Dabei stimmt sie nicht einmal für die vorgeschlagene Erbschaftsteuer. (Lachen v. d. So.) Obwohl die Reichsfinanz-Vorlage keine Einheit darstellt, müßten wir doch schon, bis Diktum damit fertig zu werden, damit nicht im Sommer eine beunruhigende Agitation im Lande sich breit macht. — Die Besteuerung des Tabaks und Bieres läßt sich nur schwer mit dem § 6 des Flottengesetzes in Einklang bringen. Die Bindung der Matrikularbeiträge nach oben ist in der uns vorgeschlagenen Form unmöglich. Vielleicht lassen sich Matrikularbeiträge und Reichserbschaftsteuer in irgend ein festes Verhältnis bringen. Ueber die Stempelsteuern und namentlich über die Fahrartensteuer wird sich schwerlich eine Einigung erzielen lassen. Man sollte statt dessen lieber die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung nach Betriebskilometern besteuern, annual die Einzelstaaten in ihrer Eisenbahnpolitik sehr partikularistisch vorgegangen sind. Die Palaststeuer würde eine kolossale Schädigung gerade der kleineren Betriebe zur Folge haben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Preussischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben wendet sich scharf gegen die vom Vorredner vorgeschlagene Besteuerung der Einnahmen der Eisenbahnverwaltung. In den letzten Jahren hat die Steigerung der Eisenbahneinnahmen in Preußen längst nicht mehr in dem Maße zugenommen wie in dem vorigen Jahrzehnt. Nehmen Sie uns die Eisenbahneinnahmen weg, so müssen wir die Einkommensteuer erhöhen. (Hört! hört! rechts.) Auch die anderen preussischen Staaten. (Zuruf: deutschen.) Jarwohl sie sind noch nicht alle preussisch (Heiterkeit) können nichts von ihren Eisenbahneinnahmen abgeben, ohne binnen kurzen vor den Ruin gestellt zu sein. Für allmähliche Abschaffung der sog. Liebesgaben bin ich selbst schon um der politischen Brunnenvergiftung entgegenzutreten, die von den Gegnern dieser Liebesgaben getrieben wird. Nebenverteilt in weiteren Ausführungen die Brausteuervorlage gegen die Angriffe des Abg. Siedelmann. In Preußen wurden nicht weniger als 188 237 Gast- und Schankwirtschaften gezählt. (Vielfaches Hört! hört! rechts.) Wenn diese Zahl sich ein wenig vermindert, so wird das deutsche Reich noch lange nicht zugrunde gehen. (Gr. Heiterkeit rechts.) Die Brausteuern braucht durchaus keine allgemeine Preissteigerung herbeizuführen, namentlich wenn man sich auch in Norddeutschland bischen an die Piennigrechnung gewöhnt und aufhört alle Beträge auf 5 und 10 Pf. abzurunden. Die Staffelung ist ein durchaus geeignetes Mittel der Veranschlagung der kleinen durch die großen Brauereien entgegenzutreten. In der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wird ein Arbeiterbudget veröffentlicht, das in mehrfacher Beziehung interessant ist. Bei einem Einkommen von 1730 Mark geben Mann und Frau zusammen allein für Abendbrot 73,75 Mark aus, wozu noch ein Pöllen für Mittag- und Besperbier tritt. (Hört! hört! rechts.) Derselbe Mann zahlt an die sozialdemokratische Organisation nicht weniger als 86 Mk. (Hört! hört! rechts.) Sapientia sat! (Beifall rechts.)

Graf K r a n i z (M.): Wir alle sind einig, daß Freiherr v. Stengel eine gediegene Arbeit geleistet hat. Hauptsächlich beschäftigen sich aber die Regierungen in der Zukunft einer größeren Sparsamkeit. Hauptsache an der Steigerung der Ausgaben trägt der Bundesrat. Im Bundesrat sind die Herren viel zu höflich gegeneinander (Heiterkeit). Exzellenz hier, Exzellenz her und schließlich wird alles bewilligt. (Große Heiterkeit.) — Der Zolltarif sollte das Mittel sein, um die Finanzen zu sanieren, und ich bedaure, daß das nicht der Fall sein wird. Ohne die Caprivischen Handelsverträge wären unsere Finanzen um 700 Millionen besser als jetzt. Die Herren Singer und Siedelmann eiferten gegen indirekte Steuern, aber gerade in republikanischen Ländern sind die indirekten Steuern weit höher als in Deutschland. Ich möchte, daß Herr Jaures einmal Gelegenheit hat, hier in Berlin seine Ansichten über den Schutz Zoll zu entwickeln; er hat einen Weizen Zoll von 250 Fr. pro Tonne als unbedingt notwendig für den französischen Landmann gefordert. Dabei stehen die deutschen Landwirte weit schlimmer da, als die französischen. Sie leiden unter den hohen Kommunalabgaben und den drückenden Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung. Bei dieser Gelegenheit möchte ich fragen, wana endlich die vom Grafen Poladowsky uns in Aussicht gestellte Vereinheitlichung und Verbilligung der sozialpolitischen Gesetzgebung kommt. Wir haben einen Koloss aufgebaut, der nicht auf festem Boden steht. — Das Nähere über die Steuern gehört in die Kommission. Ich für meine Person würde das Tabakmonopol der Erhöhung der Tabaksteuer vorziehen. Es würde sich auch empfehlen, den Straßenbahnverkehr zu besteuern; den Gesellschaften könnte es überlassen werden, ob sie den einen Pfennig auf das Publikum abwälzen, oder ob sie ihn aus ihren Uberschüssen zulegen wollen. Was die Erbschaftsteuer betrifft, so ist mir jede Steuer, die auf Schädigung des Vermögens beruht, sehr bedenklich. Die ehelichen Güter werden die Kosten bezahlen müssen. Ich möchte, die Erbschaftsteuer verhandeln, und ein Kohlenausfuhr Zoll und ein Weizen Zoll trete an ihre Stelle. (Beifall rechts.) Frhr. v. Stengel drückt dem Redner, als er die Tribüne verläßt, unter großer Heiterkeit des Hauses die Hand.

Bar b e d (Fp.) wendet sich scharf gegen die Brau- und Tabak-, sowie gegen die Fahrartensteuer. Nächstens wird man auch wohl gar die Fußgänger besteuern. (Heiterkeit.) Die Posttarifsteuer ist geradezu ein klassisches Beispiel für die Mittelstandsfeindlichkeit der Regierung; die Besteuerung der Dattungen ist nichts weiter als eine Besteuerung der Ordnung. (Sehr gut links.) Die Automobilsteuern läßt sich hören, soweit sie sich nicht auf Transportautomobile erstreckt. In Preußen muß jeder Prinz ein Handwerk lernen, am besten wäre, daß er auch eine zeitlang regulär ein Gewerbe betreiben müßte. (Beifall und Heiterkeit links.)

C a m p (Rp.): Wir sind keineswegs in Dausch und Bogen für die Steuerentwürfe. Ich persönlich stehe der Erhöhung der Tabaksteuer noch weniger freundlich gegenüber als ein Teil meiner Fraktion. Frhr. v. Rheinbaben betrachtet die Brausteuern sehr unter dem Gesichtspunkt der großen Restaurateure, aber angesichts der kümmerlichen Erwerbshverhältnisse der ländlichen Gastwirte erscheint die Erhöhung der Steuer doch recht bedenklich. Für die kleineren Brauereien kann man vom Surrogatverbot absehen. In der Protestversammlung der Brauer sind die kleinen Brauer garnicht zu Wort gekommen; es handelt sich direkt um eine Fälschung der öffentlichen Meinung, da

man ihre Neuproduktionen nicht einmal in den stenographischen Bericht aufgenommen hat. — Die Erbschaftsteuer betrachte ich weder als direkte noch indirekte Steuer, sondern als eine Besteuerung von Unglücksfällen. Wohl bin ich für eine Besteuerung der Erbschaften weitläufiger Verwandten, weil sie gewissermaßen einen Lotteriegewinn darstellen. — Ohne die Liebesgaben, wie Sie (nach links) Sie nennen, würden gerade die kleinen Brennerien zugrunde gehen. — Ich kann auch mit einer Steuer aufwarten (weiter links), nämlich mit einer Insuperatensteuer. (Beifall rechts.)

v. Gerlach (ZBg.): Wenn das allgemeine Wahlrecht einer Vermehrung der indirekten Steuern entgegensteht, so sehe ich darin gerade einen besonderen Vorzug dieses Wahlrechts. (Sehr richtig! links). Wir sind für eine kräftige Reichserbschaftsteuer. Auch die Ehegatten und Deszendenten müssen herangezogen werden, namentlich müssen aber, wofür zu meiner Freude sogar Herr Gamp zu hohen ist, die Erbschaften entfernter Verwandter ganz besonders scharf besteuert werden. Im Schweizer Kanton Uri werden Abgaben bis 75 Prozent bei entfernteren Verwandtschaftsgraden erhoben. Es ist erfreulich, daß Herr v. Rheinbaben, wenn auch nur ganz leise, an die Aufhebung der Brautwein-Liebesgaben herantreten will. Hoffentlich bleibt das nicht bloß eine bloße Redensart. Daß Herr Rheinbaben die Eisenbahneinnahmen verteidigt, wie die Union ihr Junges, ist nicht verwunderlich, aber der Gedanke des Kollegen Bagig, die Eisenbahneinnahmen durch das Reich zu besteuern, ist ebenso wenig von der Hand zu weisen, wie der Gedanke einer Weinsteuer, vorausgesetzt, daß nur die Getränke der Wohlhabenden getroffen werden. Das Gute dieser Vorlagen ist, daß das Volk sich einmal eingehend damit beschäftigt, wie eigentlich Steuern bei uns aufgebracht werden. (Beifall links). Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Daneben kleine Vorlagen).
Schluß 6 1/2 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 12. Januar.

Zuzug von Schlachtern nach Kiel ist dringend notwendig, da die dortigen Gefellen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit von ihren Meistern ausgesperrt worden sind.

Zuzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Reptunwerft angesperrt sind!

Gegen die Besteuerung des Tabaks, der Zigaretten und des Bieres sprach sich der Lübecker Industrieverein in seiner letzten Versammlung aus. In seinem Referat über die Tabak- und Zigarettensteuer betonte Konful Dimpfer, daß die geplanten Abänderungen des Tabaksteuergesetzes und das Zigarettensteuergesetz, abgesehen von ihrer teilweise technischen Undurchführbarkeit, wirtschafts- und sozialpolitisch in gleicher Weise bedenkliche Sonderbesteuerungen darstellen, die einem einzigen Industriezweig und einer kleinen Gruppe von Volksgenossen zur Erfüllung solcher Aufgaben auferlegt werden, deren Durchführung dem deutschen Volke in allen seinen Teilen zugute kommen sollen. Daß die Vermehrung der Flotte dem gesamten deutschen Volke zugute kommt, ist eine Auffassung, die in weiten Kreisen mit Recht nicht geteilt wird. (Hed.) Inbezug auf die Brausteuer wurde nach einem Referat von Dr. Wallroth folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erachtet in dem Surrogatverbot, in der obligatorischen Einführung der Vermählungssteuer des vorgelegenen Vertriebsumfangs, sowie in der Einführung des Stafflungsprinzips für die Bemessung der Brausteuer gegenüber den Bestimmungen des geltenden Biersteuergesetzes unverkennbare Vorzüge. In Erwägung des Umstandes, daß die Verhältnisse des norddeutschen Brau- und Sektengewerbes infolge des wesentlich geringeren Absatzes und der beträchtlich höheren Produktions- und Schanfpesen mit den süddeutschen Verhältnissen nicht zu vergleichen sind, in Anbetracht ferner der Schwierigkeit einer Abwälzung der Brausteuer auf den Konsum, sowie in Anbetracht der Gefahr einer beim Inkrafttreten der vorgelegenen Steuerfätze zu befürchtenden fortschreitenden Betriebskonzentration im Braugewerbe erscheint jedoch die in der Vorlage vorgelegene Mehrbelastung des Bieres der Versammlung als unannehmbar.

Verfälschte Spekulationen sollen die Ursache sein, welche den Pächter der hiesigen städtischen Wassermühle, Bunge, sowie dessen Buchhalter Tetz, bewogen haben, freiwillig ihrem Leben ein Ende zu machen. Man spricht davon, daß die Verluste, welche die beiden Leute erlitten haben, sich auf 60 000 Mk. belaufen.

Gegen die Unfruchtbarkeit. In einer großen Frauenversammlung im Konzerthaus Jänshausen sprach Frau Dr. Schöne-Dresden über „Die Teilnahme der Frauen im Kampfe gegen die Unfruchtbarkeit“. Die Rednerin bezeichnete im Laufe ihres Vortrages das staatliche Reglementierungsinstem der Prostitution als eine einseitige Gewaltmaßregel gegen das weibliche Geschlecht. Die Prostitution, ein organisches Uebel der Kulturmenschen, sei jedoch nicht durch Gewaltmaßnahmen auszurufen, sondern durch tiefgehende soziale Reformen, vor allem durch die wirtschaftliche Hebung und rechtliche Befreiung der Frau. Man müsse dahin streben, namentlich in Frauenteilen, daß das Weib als vollwertige Persönlichkeit neben dem Mann gelte.

Nationalliberaler Jugendverein. Bereits vor einigen Tagen konnten wir unsern Lesern die Mitteilung machen, daß in den Kreisen des Reichsvereins die Absicht bestand, einen nationalliberalen Jugendverein zu gründen, der berufen sein soll, die nationale Gesinnung, die anscheinend auch im Bürgerturn nur sehr schwach entwickelt ist, zu pflegen. Jetzt haben sich einige jüngere Leute zusammengetan, um diese Absicht zu verwirklichen. In der richtigen Erkenntnis, daß der „Jugendverein“ sich, wenn er zustande kommt, zweifellos nur eines geringen Zuspruchs zu erfreuen hat, erlassen sie einen Aufruf gerade in dem Blatt, von dem sie genau wissen, daß es nur eine sehr beschränkte Leserschaft aufweist, im Amtsblatt. Wir möchten den zukünftigen Sozialisten jedoch gern ein wenig bei der Verbreitung ihres Appells an die „jungen Männer“ behilflich sein, und drucken denselben — in der sichern Erwartung, uns dadurch den Dank des Reichsvereins zu verdienen — nachstehend ab:

Junge Männer
im Höchstalter bis zu 40 Jahren aus allen Berufsständen, welche sich für Gründung eines selbstständigen Nationalliberalen Jugendvereins interessieren, der neben der Pflege der nationalen Gesinnung auch die Förderung der Geselligkeit bezweckt, werden gebeten, ihre Adressen an die Unterzeichneten einzusenden. (Folgen fünf Namen.)

Da sich unter den Unterzeichneten auch ein mit 75 Mk. Monatslohn angestellter 17jähriger Redakteur des Amts-

blattes befindet, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sich der nationalliberale Jugendverein unter seiner Leitung ebenso entwickeln wird, wie der Reichsverein mit der journalistischen Unterstützung der „Lübeckischen Anzeigen“.

Der Kranken- und Sterbefälle der Schlachtereigenen in Lübeck (eingeschriebenen Günstlinge Nr. 11) in ihrer Generalversammlung vom 12. Dezember 1905 einen Nachtrag zu ihrem Statut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senate nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlaß dieses Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

Stadtball-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Das beliebte Schauspiel „Der Hüttenbesitzer“ von Georges Ohnet wird Sonnabend als fünfte vollständige Vorstellung zur Aufführung gelangen. An diesem Tage gilt wiederum der Einheitspreis von 50 Pf. für jeden Platz des Theaters. — Sonntag nachmittag 1 Uhr geht zum letzten Male das diesjährige Weihnachtsmärchen in Szene: „Wie Klein-Elfe das Christkind suchen ging“. Die Preise sind auf 50, 30 und 20 Pf. festgesetzt. Abends 7 Uhr gastiert zum unwiderstehlichen Male Franceschina Prevosti in Bizets entzückender Oper „Carmen“. Mit neuer, glänzender Ausstattung, dazu eine Sängerin wie die Prevosti als Carmen, wird das wunderbare Werk auch Sonntag seine altgewohnte Zugkraft ausüben. Eintrittskarten sind bereits im Vorverkauf zu haben.

ph. Eine raffinierte Schwindlerin. Am Dienstag, den 2. d. M., abends gegen 9 Uhr, traf ein hiesiges Ehepaar auf dem Bahnhof ein junges Mädchen, das dadurch ihr Mitleid erregte, daß es aussehend hülfesuchend umherirrte. Die Eheleute holten der etwa 22 Jahre alten Unbekannten ihre Hülfen an, und erfuhren nun, daß dieselbe von Hamburg gekommen sei, ihr Portemonnaie mit 27 Mk. und der Fahrkarte verloren habe, und nun nicht wisse, wo sie ein Obdach finden solle. Sie wurde deshalb mit in die Wohnung der Eheleute genommen, um ihr für die Nacht Unterkunft zu geben. Am darauf folgenden Morgen hat die sich Anna Meier aus Hamburg nennende Unbekannte, sie doch so lange in Kost und Logis zu behalten, bis sie ihren in Kiel wohnenden Bräutigam, den sie zu besuchen beabsichtigt hatte, von ihrer mitleidigen Lage in Kenntnis gesetzt habe; dieser würde sofort Geld schicken und würde sie dann ihre Wohltäter reichlich belohnen. Sie erzählte weiter, daß ihr Vater ein wohlhabender Bauunternehmer in Hamburg sei. Sie schrieb auch mehrere Briefe, die aber unbeantwortet blieben. Schließlich stellte sich heraus, daß sie eine Schwindlerin ist, die garnicht Anna Meier, sondern, wie sie jetzt angibt, Anna Bast heißt. Sie hat auch bereits vor etwa 3 Wochen einen ähnlichen Schwindel ausgeführt und wurde ihr damals von einer hiesigen Familie auch Obdach gewährt. In letztem Falle nannte sie sich Gutsbesitzerstochter von der Bast aus Neuland bei Züchloe. Nachdem ihr hier bedeutet war, daß sie nicht angenehm sei, entfernte sie sich unter Mitnahme eines goldenen Dameringes, den sie der Tochter des Hauses heimlich weggenommen hatte. Die Schwindlerin, die ihren richtigen Namen noch nicht genannt haben dürfte, wurde festgenommen.

ph. Feuer. Gestern Abend gegen 10 Uhr wurde die Feuerwehrr nach dem im Minkhofer Weg gelegenen Grundstücke des Gärtners Schräger gerufen, woselbst im Bierdestille auf bisher nicht ermittelte Weise ein Schadenfeuer ausgebrochen war. Der Stall brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Nebengebäude konnten erhalten werden. Ein Pferd und 2 Schweine ritten den Flammen zum Opfer.

e. Stokeldorf. Vom Gemeinderat. In der letzten Sitzung des Gemeinderats waren 10 Personen zur Reklamation gegen die Gemeindesteuer erschienen; 14 hatten die Reklamation schriftlich eingereicht. Ermäßigungen und Erlasse fanden reichlich statt. Zu dem Posten des Kontrolleurs für die Gemeindefinanzen hatten sich 9 Gemeindeglieder gemeldet, deren Gehaltsforderungen zwischen 120 und 200 Mk. jährlich schwanken. Letztere Summe ist jedoch stets bezahlt. Gewählt wurde der Schmied Hoffmann in Schorf, der 175 Mk. gefordert hatte. Er hat die Verpflichtung mit übernehmen müssen, diejenigen Versicherungspflichtigen aufzusuchen, welche nicht versichert sind und deren Arbeitgeber evtl. zur Anzeige zu bringen; ferner soll er sämtliche Kranken kontrollieren. Unsere Agrarier waren wieder emsig bemüht, Gemeindegelder zu verpulvern. So bewilligten diese 7 Bauern 20 Mk. Gemeindegelder zu den Zuschußleistungen der Kirche beim Empfang des Großherzogs (am 12. Novbr.). Eine Rechnung von 60 Mk. soll vorliegen, der Verkäufer ist nicht zu finden. — Wer zahlt die 40 Mk.? — Weiter wurden für den Telefonanschluß des Gemeindevorstehers 90 Mk. bewilligt; bisher hatte letzterer die Hälfte dieser Kosten selbst getragen, doch will er jetzt nichts mehr zahlen, weil das Telephon für ihn zwecklos sei. Ist das wirklich der Fall, dann ist es auch überflüssig, die 90 Mk. dafür auszugeben.

r. Schwartau. Soolbäder. Wie wir aus gut-unterrichteter Quelle erfahren, beabsichtigen die Gebrüder Fromm hier selbst auf ihrem Grundstück in der Lübeckstraße ein Soolbad zu errichten. Da dieses Projekt auf circa 300 000 Mk. veranschlagt ist, so würde es jedenfalls mit einem Kurhaufe verbunden; es wird also ein Bad größeren Stils. Da außerdem die Berliner Willensgesellschaft auf den angekauften Ländereien ein Soolbad nebst Kurhaus errichten will, und zur Zeit bereits zwei derartige Bäder am Orte bestehen, so dürfte unser Lustort mit der Naachmühle in dieser Beziehung gut versorgt sein. Es scheint uns hier aber die Frage am Platze, ob eines dieser Unternehmungen vielleicht geneigt ist, solche Bäder zu verabreichen, oder ob man beabsichtigt, wie in einem hiesigen Hotel, überall Schilder anzubringen mit der Aufschrift „Judenrein“! Da unser Lustort in den letzten Jahren viel von der israelitischen Bevölkerung besucht wurde, ist diese Frage jedenfalls ganz berechtigt.

Hamburg. Die Wahlrechtsvorlage wird laut Beschluß der Bürgerchaftsam Mittwoch, den 17. Januar, in der Bürgerchaft zur Beratung gelangen und dann in weiteren Mittwochsitzungen erledigt werden.

Hamburg. Die Auswanderung über Hamburg stellte sich in den letzten Jahren wie folgt:

Jahr	Personen	davon Deutsche
1905	145 375	16 422
1904	132 712	17 680
1903	144 560	20 288
1902	123 555	17 654
1901	92 692	13 354

Von Bremen wird Hamburg im Jahre 1905 nicht unerheblich übertraffen; dieses wies eine Ziffer von 186 856 Personen gegen 133 681 im Jahre 1904 auf. Im ganzen ist also das Auswanderungsgeschäft sehr lebhaft gewesen, was mit auf die Zustände in Rußland zurückzuführen ist. Im Monat Dezember stellte Rußland das größte Kontingent (die geringen Ziffern der Monate September und Oktober

sind durch die bekannten sanitären Maßnahmen veranlaßt) wie aus nachfolgender Aufstellung hervorgeht. Es kamen aus:

Land	Personen
Rußland	7616 3206 1749 909 5145
Oesterreich-Ungarn	1822 3791 3909 2741 2367
Sonstigen fremden Staaten	504 911 1921 2502 2523

Es ist zu bemerken, daß in den hamburgischen Auswanderungsziffern auch die über Hamburg in ihre Heimat zurückreisenden und demnach nicht als Auswanderer zu beziehenden Ausländer mit enthalten sind.

Hamburg. Unternehmerprofi. Der nach Aufhebung ansehnlicher Beträge zur Verfügung bleibende Reingewinn der Hamburg-Amerika-Linie im verfloffenen Jahre wird sich nach vorläufiger Schätzung auf 35 000 000 Mark (im Vorjahre 27 800 000 Mk.) belaufen. Die Verwaltung beabsichtigt, vorzuschlagen, daß von diesem Betrage 11 000 000 Mk. zur Zahlung einer Dividende von 11 Proz. (im Vorjahre 9 Proz.) und etwa 23 000 000 Mk. (im Vorjahre 18 000 000 Mk.) für Abschreibungen vom Werte der Schiffe und der weiteren Verstärkung des Reservefonds verwendet werden.

Schönberg. Die Steuerzahler verlangen ihr Recht! Der Bauern- und Bürgerverein für das Fürstentum Plagow, der bekanntlich die Kandidaten zur Landtagswahl aufstellt, hat jetzt folgende Forderungen: Wir verlangen, daß unserer Vertretung das Recht der Mitwirkung und Beschlußfassung bei jeglicher das Fürstentum angehendender Gesetzgebung gewährt werde. Wir erstreben bestreue Dotierung des Landesfonds aus den jährigen Einkünften des Landes. Die jetzigen beschränkten Mittel des Fonds reichen bei weitem nicht aus. Wir verlangen ferner für unsere Landesvertretung das Recht der Rechnungslegung und fordern über sämtliche öffentliche Einnahmen und Ausgaben, das Recht der Beschlußfassung über die Verwendung der Landeseinnahmen, sowie vor allem das uneingeschränkte Recht, daß ohne Zustimmung unserer Vertretung keine neuen Steuern und sonstigen Abgaben auferlegt und die bestehenden nicht geändert werden können. Wir fordern für unsere Vertretung weiter das Recht, in allen Zweigen der Verwaltung Beschlüsse zu erheben und Nachenschaft fordern zu können über hervorgetretene Mängel der Verwaltung. Unserer Landesvertretung muß das Recht zustehen, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben und ihren Vorsitzenden selbst aus ihrer Mitte zu wählen. Endlich erstreben wir eine Reform des Landtagswahlrechts und eine Verengung weiterer Kreise der Bevölkerung zu demselben. Nur wenn diese Wünsche erfüllt sind, wird ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Volksvertretung und Regierung möglich sein. — Wenn die Tätigkeit des Landtagsabgeordneten nach dieser Richtung hin ausgebaut wird, hat einzig und allein das Land den Nutzen davon. So, wie bisher, kann und darf es nicht länger mehr mit angesehen werden. Hoffentlich treten die neuergewählten Vertreter auch energisch für die Durchführung dieser Forderungen ein, damit endlich das Volk zu seinem Mitbestimmungsrecht kommt. Also heraus mit dem gleichen und freien Wahlrecht!

Rostock. Die Bürgervertretung hat die Vorlage des Rates wegen Bewilligung einer Beihilfe von 1000 Mk. an den Hülsauschuh für die neulandischen Deutschen in Rußland mit großer Mehrheit angenommen. Gegen diese Vorlage wandte sich unter lautem Lärm der Versammlung der Vertreter der Rostocker Sozialdemokratie, Genoffe Starosin, indem er darauf hinwies, daß es Pflicht des Reichs sei, die geschädigten Deutschen schadlos zu halten und eventuell Rußland zum Schadenersatz zu veranlassen.

Kiel. Zur Lohnbewegung der Maler. Die Hoffnung, daß die Lohnbewegung der hiesigen Malergehülften glatt und ohne Widerwärtigkeiten verlaufen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Ueber die Normierung des Lohnes auf 58 Pf. pro Stunde waren beide Parteien sich bereits einig geworden. Dagegen hat die Innung die Nebenforderungen der Gehülften, insbesondere bezüglich der auswärtigen Arbeiten, rundweg abgelehnt. In einer öffentlichen Versammlung der Malergehülften Kiels wurde nun einstimmig eine Resolution angenommen, worin es heißt: „Die Versammlung erklärt, sie ist nicht gewillt, noch irgend etwas von den zuletzt gestellten Forderungen abzulassen, da die von der Innung bewilligte Lohrerhöhung die Nebenforderungen keineswegs aufwiegt. Sollte die Innung sich strikte weigern, die Nebenforderungen anzuerkennen, dann betrachtet die Gehülften sich durch den Beschluß auf Annahme des Stundenlohnes von 58 Pf. nicht mehr für gebunden; sie würde alsdann ihre alte Forderung neu erheben. Die Versammlung beauftragt den Gehülftenauschuh, diese Resolution der Malerinnung zu unterbreiten, mit dem Ersuchen, weitere Verhandlungen stattfinden zu lassen, um auf friedlichem Wege eine Einigung zu ermöglichen.“

Bant. Die oldenburgische Regierung kommt abermals in große Verlegenheit. Aus Bant bei Weihenhausen wird gemeldet, daß der dortige Gemeinderat in seiner am Dienstagabend abgehaltenen Sitzung den Führer der oldenburgischen Sozialdemokratie, Landtagsabgeordneten Paul Hug, zum Beigeordneten (Vertreter des Gemeindevorstehers) gewählt hat. Hug ist bereits früher zum Beigeordneten und sogar zum Gemeindevorsteher erwählt worden, aber niemals bestätigt worden. Was die Regierung nun nach den letzten Debatten im Landtag über diese Sache machen wird, bleibt abzuwarten.

Murich. An denken an den Afrikabummel. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Semler hat den Lehrern seines Wahlbezirks Murich Wittmund-Stichhausen-Papenburg je ein Druckexemplar seines mit 37 Vollbildern und einer Karte schön ausgestatteten Tagebuchs über die Studienfahrt nach Togo und Kamerun als Geschenk überwiesen. — Wenn jetzt im Wahlbezirk Murich-Wittmund die Lokalbegeisterung keine Fortschritte macht, hat wenigstens Semler keine Schuld. Ob jedoch das Tagebuch des Hamburger Rechtsanwalts zum Lehrmittel für Schulen geeignet ist, dürfte sehr zu bezweifeln sein.

Quittung.

Für die Ferienkolonien gingen bei uns ein:
Verband der Metallarbeiter, Bahnhalle

Lübeck 50.— Mk.
Redaktion des „Lübecker Volksboten“.

Briefkasten.

S. S. Mülln. Gefällig ist dagegen nichts zu machen.

Ämtliche Notierungen der Produktenbörse.

Jahresliches Getreide. Lübeck, 10. Januar.
Weizen, 126—131 Rfd. holl., Mt. 165—170, Roggen, 120—125 Rfd. Mt. 155—160 Hafer, je nach Qualität Mt. 155—161, Gerste, je nach Qualität Mt. 150—160.

Zu sofort oder später ein freundl. heizbares Zimmer nach vorne zu vermieten, pro Woche 250 Mk. **Saulstraße 44, 11**

Zu vermieten eine kleine Wohnung für alleinstehende Frau

Gundstraße 50, Haus 11.
Auskunft 2 Et., abends nach 5 Uhr.

Am 1. April zu vermieten **Schwartauer Allee 88, 1. Et., 220 Mk., Adlerstraße 35 a. part., 140 Mk.** Näheres **Regelstr. 11.**

Am 1. April eine **Zweiflügel-Wohnung** zu vermieten.
Bäloustraße 8.

Wunige Mieter mit einem erwachsenen Kinde suchen **Zwei- bis Dreiflügel-Wohnung** in der Stadt. Angebote m. Preis unter **L. V. 3 a b. C. 9. ds. Bl.** erb.

Gewünscht zu Ostern ein **Barbiergeschäft**. Schreibe 8 Jahre. Offerten unter **B 22** an die Expedition ds. Blattes erbeten.

Gesucht **Mittwochs u. Sonnabends nachm. eine Frau**

zu hässlichen Arbeiten **Schwiebestr. 6.**

Sonnabend und Sonntag sind große **Ferkel** zu verkaufen.
Krögers Gasthof, Schwartzau.

Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, **Reichenstraße 35.**

Prima frisches engl. Ochsenfleisch per Pfund **60 Pfg.**
Verkaufsstelle **Alifstraße 37.**

Habe ein **2 1/2 jähriges fettes Füllen** geschlachtet, wovon ich das Fleisch bestens empfehle.
H. Wulf
Fischergrube 10.

Prima fettes Suppenfleisch, Bratenstücke, dicke Fleisch
Von 5 Uhr an:
Heisse Knackwurst
Johs. Fischer
Reiferstraße 8. Fernruf 1744.

Die grünen Marken gehen nicht ein.



Mein diesjähriger **Inventur- und Reste-Ausverkauf** beginnt **Sonnabend d. 13. d. M.**



Die grünen Marken gehen nicht ein.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Herren-Paletots und Lodenjoppen, alle aufgezeichneten Filz- und Holzwaren, sowie Pelze werden mit 20 Prozent Rabatt verkauft.

Reste Reste Reste

in allen Abteilungen meines Lagers zu enorm billigen Preisen.

Ein Posten **Herren-Anzüge** trotz billigster Preise mit **10 Prozent Rabatt.**

Geben auf alle Waren während des Ausverkaufs

doppelt grüne Rabattmarken.

Nehme volle Bücher mit 5 und 10 Mk. in Zahlung.

Breitestraße 39.

Wilh. Bartelt

Breitestraße 39.

Die grünen Marken gehen nicht ein.

Hans Struve

Königstr. 89, Ecke Wahnstr.

Herabgesetzte Preise

für viele Artikel, insbesondere für die bei der

Inventur

zurückgesetzten Waren.

Diese Woche gelangt u. a. zum Verkauf:

Ein großer Posten	sch. Kleider- u. Blusenstoffe	regulärer Wert 150 bis 180 Mk.	jetzt per Meter 1.00
Ein großer Posten	Schwarzer Kleiderstoffe	für Konfirmationskleider, reine Wolle.	1.35
Ein großer Posten	Abfellschürzen	extra weit, mit Rosant und hübschem Besatz, regulärer Wert 220 Mk.	jetzt 1.35

Damen-Winter-Jackets, Blusen und Kostüm-Röcke sowie die noch vorhandenen **Massen u. Pelzkragen** jetzt teils weit unter Einkaufspreis.

Trotz der billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Allerfeinste Tafelbutter à Pfd. **1.30 Mk.**

Fernsprecher 473.

empfiehlt **Th. Storm** **Königsstraße 98.**

Prima frisch. Kopffleisch
frische Brotwurst
Kleine Rauchstücke.

Von 5 Uhr an: **Prima frische Anachwurst** empfiehlt

Oscar Keil.

Schlachterei und Wurstmacherei mit elektrischem Betrieb.
Fernsprecher 1447. **Schwartauer Allee 65.**

Billige Lebensmittel!!

Pökelfleisch	Pfd 58 Pfg.
hiesige Schweinsköpfe	" 65 "
ff. hiesiges Rauchfleisch	
Posten gute harte Mettwurst	Pfd 78 Pfg.
Cervelatwurst	" 98 "
Stutenflammen	Pfd. 25 u. 20 "
Reiswehl	Pfd. 14 "
Steschaf, ganze Trappe	38 "
Apfelwein,	35 "

Große Partien Käse.

Zwiebeln, 3 Pfd. 15 Pfg.
Groß. Salzheringe, 10 Stk. 38 Pfg.

Otto Burckhardt, **Hüxstraße 42.**

Verkaufsstelle v. Lebensmitteln
NB. Massenverkauf in Margarine.

Eröffne

unterm hertigen Datum meine **Schankwirtschaft** **Zuhemannsbrug** **Bedergube 93**

und bitte alle Freunde und Gönner um geneigten Zuspruch.

Eduard Kruse.

Braten Schmalz

Pfd 40 Pfg., 2 Pfd. 70 Pfg.

empfiehlt **Adolf Schmidt** **Moislinger Allee 6b.**

Preis-Skat

am **Sonntag den 14. Jan. 1906** im Restaurant von **Friedr. Wiederhold, Sadomasstraße 11-11 a.** Anfang nachmittags 4 Uhr.

Stadthallentheater.

Sonnabend, 13. Januar. 8 Uhr.
Jeder Platz **50 Pfg.**
Der Hüttenbesitzer.
Conntag den 14. Januar. 4 Uhr.
Loge, Orchester 50, Parkett 30, Balkon 20 Pfg.
Wie Klein-Else das Christkind suchen ging.
Abends 7 Uhr. Im Abonnement **Franceschina Prevosti.**
Carmen.

Die „Schreckenstage“ in Riga.

Offiziere und Besatzungsmitglieder dieser Tage, daß in Riga die Fabrik Promodnil bombardiert worden sei, um die Arbeiter zur Auslieferung der „Mörder“ zu zwingen, die eine Anzahl Soldaten, die als Fabrikwache dienten, im Schlaf umgebracht und bestialisch verstümmelt hätten. Wir sind nun in der Lage zu konstatieren, daß die Mordgeschichte eine gemeine Erfindung ist, daß die Soldaten vielmehr im Kampf gefallen sind, nachdem sie sich geweigert, die Waffen auszuliefern. Die revolutionäre Miliz hatte ebenfalls Tote und Verwundete. Von einem Mord kann gar keine Rede sein, wohl aber von einem Schreckenstage von Großkapitalisten und Regierungsbeamten. Ein Augenzeuge und genauer Kenner der Vorgänge schreibt unserem Hamburger Parteiorgan über das Gemetzel in Riga einen Artikel, der u. a. auch zeigt, wie wirtschaftliche und politische Interessen im russischen Freiheitskampf neben und gegen einander wirken:

Nach dem letzten Generalstreik, der drei Tage dauerte und von dem Riganischen sozialdemokratischen Vorbereitungsausschuß glänzend durchgeführt wurde, in dem alles, was nur Leben zeigte, wie Fabriken, Geschäfte, Wirtschaften, die Bahnen, Straßenbahn, Fahrleute u. zum Stillstand gebracht wurden, nahm das Leben wiederum seinen gewöhnlichen Lauf, d. h. es war äußerlich alles ruhig, die Arbeit wurde überall aufgenommen; dagegen die Sitzungen der verschiedenen Hilfskomitees der vereinigten Sozialdemokraten fanden mehrere Male am Tage statt, um jeder Zeit noch zu sein und mit neuen Verordnungen tatsächlich eingreifen zu können. Anderer Meinung als die übrigen Fabrikanten war die Administration der Fabrik „Promodnil“. „Promodnil“ arbeitet im Wettkampf gegen die Petersburger „Russisch-Amerikanische Gummiwaren-Fabrik“. Die letzte hat bis jetzt nicht weniger als 35 Prozent Dividende ihren Aktionären gezahlt, „Promodnil“ dagegen nur 18 Prozent erreicht, und in diesem Jahre, wo man den Arbeitern im Sommer nachgeben mußte, wäre die Dividende vielleicht nur 15 Prozent geworden. Daher freute sich die Administration, daß der letzte Generalstreik proklamiert wurde; jetzt war Gelegenheit geboten, um aktiv einzutreten und nach dem Rezept des Petersburger Konkurrenzrenten vorzugehen. Wer einigermaßen die Arbeiterverhältnisse und die der Großindustrie in Rußland kennt, der weiß ganz gut, welche Macht die letzteren bis zum Augenblick noch besitzen. Die Regierung tut alles, was nur die Herren Großindustriellen verlangen. Man gestattet ihnen, die Fabriken nach Belieben zu schließen, falls sie Kapitalien genug haben, um nach mehrmonatlichem Stillstand die Arbeiter zu den alten, meistenteils ältesten Bedingungen von neuem anzunehmen. Dies bewirkt die Butkowskische Maschinenfabrik in Petersburg, die gegenwärtig die Arbeitslöhne um 10 bis 20 pCt. reduziert hat. Dasselbe hat auch die Petersburger Gummiwarenfabrik durchgeführt, indem sie nach dreimonatlichem Stillstand die Pforten öffnete, um zu alten Bedingungen die hungernden Arbeiter und Arbeiterinnen anzunehmen. Jetzt war die Reihe an „Promodnil“ gekommen, die Fabrik zusammenzulegen, die Arbeiter, etwa 5000 Mann, ein paar Monate hindurch barben zu lassen und dann nach der Methode der Petersburger von neuem anzufangen. Eben jetzt vor den Feiertagen, im kalten Winter, wo jeder Arbeiter mehr bedarf als sonst, wo die Nahrungsmittel im Preise gestiegen sind, wo das Holz teurer geworden, ist jetzt der beste Moment. Als nun die Aufnahme der Arbeit nach dem Generalstreik am 30. Dezbr. erfolgen sollte, fand man die Tore der Fabrik geschlossen; am Nachmittag öffnete man sie und statt eines der Dutzenden Stunden auf dem Hof nicht weniger als 300 Kosaken und Dragoner. Inzwischen wurde auch bekannt, was diese Maßregel seitens der Administration bedeuten soll. Nach dem darauffolgenden Sonntag schickte die Administration

noch andere Maßregeln ergreifen zu haben; es fehlten einige Materialien, mehrere Hunderte von Arbeitern konnten infolgedessen nicht beschäftigt werden, und die auf der Fabrik einquartierte Militärtruppe war aber vergrößert. Was tun? Der Militär der Administration sich anschauen? Von den Viehisch betrunkenen Kosaken und Dragonern sich berauben lassen, nachdem bereits einigen Arbeitern nicht vor der Pforte von den Kosaken ihre paar Groschen geraubt worden waren? In Straßen, mebelierten sich einlassen, welche diese wilden Tiere provozieren wollten, indem sie einige Fabrikarbeiterinnen überfielen und bestialisch vergewaltigten? Fort mit diesen wilden Tieren! Verjagen muß man sie, wie man sie aus den Gärten verjagt hatte. Und da zeigte sich das Rigaer Proletariat — Letten, Russen, Deutsche durchaus einig. In einer Beratung der Arbeiterdelegation wurde beschlossen, das auf der Fabrik einquartierte Kosakendebachement Nacht zu überfallen und aus der Fabrik zu entfernen. Die bewaffnete Miliz erschien, und nachdem die Schilddächer entwaffnet waren, umgingste man die Schießstellen der Soldaten und forderte sie auf, die Waffen auszuliefern und sich aus der Fabrik zu entfernen. Weil das nicht gelang, wurden die noch am frühen Morgen bei der Schnapsflasche Sitzenden angegriffen. Es war ein Kampf auf Leben und Tod. Die selbstbewußten Arbeiter scheuten sich nicht vor dem Tode. Sie dachten nicht an Frau und Kind, sie hatten sich selbst gestellt als wackere Kampfgesellen, sie wollten Vorbild sein für die jüngere Generation und setzten das Leben ein für die Rechte des Proletariats. Und so floß das Blut der selbstbewußten Arbeiter. Die Kosakenabteilung hatte 13 Tote und an 50 Verwundete. Die Arbeiter hatten 8 Tote und 20 Verwundete, die fast alle aufgefressen wurden. Der Kampf wäre gelungen und die Bewaffnung der Patrouille gestrichelt. Man hätte sich jedoch getäuscht über die Zahl der Regierungstruppe; deren waren ca. 500. Die Uebermacht war zu groß.

Am selben Morgen strömten die Arbeiter in die Fabrik, um die Arbeit aufzunehmen; die, die ihre Männer und Söhne dort als Leichen vorfinden sollten, mit bangem Herzen, mit Todesangst; die mit den Vorgängen unvertreten Menge ebenfalls, die nicht ahnen konnte, was noch kommen sollte. Und als ob nichts passiert wäre, hörte man das gewohnte Pfeifen zum Beginn der Arbeit, als ob überhaupt nichts folgen sollte, keine neue Gewalttaten der Administration und des am Tage vorher eingetroffenen Generalgouverneurs. Es war aber augenscheinlich Sache zwischen der Fabrikleitung und dem Generalgouverneur: Erst alle Zusammenkommen lassen, dann umringen, die Herausgabe des Delegiertenführers verlangen, die Fabrik durch Militär umzingeln lassen, die Arbeiter zusammenschließen und nach altem Gebräuche die Fabrik auf eine Zeit lang, so lange die Administration es für gut findet und ihren Plan, die Reduzierung der Löhne, ausarbeiten, zu schließen. Und ganz so kam es. Verschiedene Truppenteile, rund 4000 Mann, umgingelten die Fabrik. Nachdem wurde der Administration und dem Militär bekannt gemacht, daß sie sich entfernen sollten, mit der Versicherung, daß man die Fabrikgebäude nicht beschließen werde, sondern nur den Arbeiterhaufen, der sich auf dem Hofe der Fabrik versammelt hatte. Und trachten die ersten vier Kanonenschüsse, die Geschosse fielen in den Häusern der Arbeiter und beschädigten nicht eins von den Gebäuden. Es gab ein unbeschreibliches Geschrei, Schreien und Jammern. Das Militär schob, ohne gewarnt zu haben. Die Frauen flüchteten in die Werkstätten, die ängstlichsten der Männer über den Baum in die Dura. Jedoch jeden, der auf den

Baum kletterte, traf eine oder mehrere Flintenkugeln, und so fielen Tote und Schwerverwundete nicht vor dem Truppen nieder, der Bestimmung durch die Kosaken und Dragoner ausgeführt. Von denen, die sich über den Baum flüchteten, gab es mindestens 100 Tote und noch viel mehr Verwundete. Ein anderer Haufe wollte sich durch eine kleine Pforte retten, an Zahl etwa 150 Mann; der Haufe wurde vom Militär umringt und unter Bedrohung mit Sägen und Erschießen zur Herausgabe der Führer angefordert. Der kommandierende Offizier verlangte auch vor den auf der Fabrik noch befindlichen die Herausgabe der Anführer. Da auch diese Forderung ohne Erfolg blieb, wurde das Zeichen gegeben, von neuem zu schießen. Es erschallen wiederum vier dumpfe Kanonenschüsse, und das Geschrei der Verwundeten hörte man weit außerhalb der Fabrikmauer. Die Zahl der Toten und Verwundeten durch die ersten acht Kanonenschüsse ist eine große.

Schüsse aus den Maschinengewehren brachten die ganze Stadt auf die Füße. Hunderte packten ihre Sachen und flohen aus der Stadt. Ja, sonst friedliche Einwohner begaben sich mittels Fuhrmanns oder per Tramway an die Stelle der Ereignisse. Um die Mittagszeit versammelten sich auch die Arbeiter mehrerer Fabriken und schritten in großen Haufen zur Stätte der Mordtaten. Halb war eine Menge von mehreren Tausenden um die von Militär eingeschlossene Fabrik. Da galoppierte ein Kavallerie-Bataillon durch die Menschenmenge auf den Kommandierenden des Militärs zu und überbrachte ihm ein Schreiben, wahrscheinlich vom Generalgouverneur. Man gab Zeichen, trommelte und gab eine Salve auf das Publikum. Der Wagen der elektrischen Bahn wurde durch die Schüsse demoliert, mehrere Passagiere verwundet, ebenfalls mehrere aus dem Straßenpublikum. Es wurde bekannt gegeben, eine Wurst (je 2 Kilometer) vom Militär sich fernzuhalten, anderenfalls von neuem geschossen werde. Ein Sanitätskomitee der Sozialdemokraten, auch Hülfen von Petawatzen, die vereint auf die Fabrik sich begeben wollten, um den Verwundeten Hülfen zu leisten, wurden von dem kommandierenden Offizier nicht zugelassen. Ein Vorgehen wie in Moskau. Eine Zusammenkunft, die nur in Rußland bekannt ist!

Sozialer und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. In Dresden ist in der Schuhfabrik von Hammer, G. m. b. H., ein neuer Streik ausgebrochen. — Ein allgemeiner Glaschleiferstreik ist im gesamten Erzgebirge ausgebrochen. Gegen 2000 Arbeiter streikten, die sich auf 34 Betriebe verteilen. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung. — Bei der Firma Siegmund, Formschneider in Braunschweig, Eulenstraße 10, sind wegen Minderzahlung dreier Kollegen 30 Formschneider und drei Hilfsarbeiter in den Ausstand getreten. Fünf unorganisierte Gehilfen, sowie zwei Meister und zwei Lehrlinge bleiben stehen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Streikerkommission der Bergleute beschloß für Anfang Februar eine neue Konferenz der Bergleute in Sachen der neuen Arbeitsordnung einzuberufen. Zum Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“ wurde vom Vorstand und Ausschuß des Deutschen Bergbauverbandes der Kollege C. Witzel aus Leipzig, zurzeit in Zürich, gewählt. Der bisherige Redakteur G. Schmidt geht als Arbeiterssekretär nach Dessau. Ueber die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905 schreibt das „Korrespondenzblatt“ u. a.: „Die die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften war schon das Jahr 1904 das erfolgreichste. Der Mitgliederzuwachs von 175 000 Mitgliedern, den es brachte, schien kaum noch übertraffen werden zu können.

Der schwarze Hans.

Erzählung von Melchior Meyer.

(11. Fortsetzung.)

Kathrine sah mit einem eignen Ausdruck. „Freilich“, bemerkte sie, „hätten sie auch nicht geglaubt, daß ein einziger der Sach' eine andre Gestalt geben könnte!“

Auf diese unerbittliche Anerkennung hin hiel Hans einen innigsten Blick auf sie. Er war indes kein Prahlhans; nicht ohne eine natürliche Unmut, mit dem entsprechenden Ton im Hintergrunde, sagte er die Wahrheit. „Sie fürchten mich, die guten Gezeiten! Und — sie haben nicht unrecht!“

Ein Schweigen folgte, indem jedes seinen Gedanken hatte. Kathrine sprach den ihrigen aus. „Zwar“, sagte sie, „hat's doch auch sein Gutes, wenn man sich vor einem fürchtet!“

„Ja, ja“, versetzte Mathes vergnügt; „alles hat sein Gut's in der Welt — und kein Mensch kann vorher wissen, was ihm noch alles zum Nutzen sein kann!“

Die Gesellschaft, die ihn umstand, lachte. Hans hatte so manches auf dem Gewissen — jedes am Tisch hatte schon besondere und allgemeine Anklagen gegen ihn gerichtet. Aber jetzt war alles vergessen; man sah nur die Kraft und den Sieg und alle waren befreit, dem Helden etwas Angenehmes zu erweisen, wär's auch nur durch reumütiges Gähnen. Mit Recht wird in aller Welt Geschickten der Mat' gepriesen! Er ist und bleibt eine der wichtigsten, unerwäglichen Eigenschaften des Menschen und erzwingt Achtung in jeder Erscheinung.

Dem Tanzboden her klangen auf einmal Klarinetten und Beige, die Musikanten hatten ihre Mahlgeld eingekommen, und die Lustbarkeit lag wieder an. Hans stand auf. „Heinrich“, sagte er, „daß ich mit meinem Väterschen einige Reihen

„Soblet bu wist!“ entgegnete Heinrich mit Würde. Des Mädchens Bitte hatten sich flüchtig gerührt. Sie trat vor, gab dem Barfäher die Hand, und sie gingen hinaus.

Hans, indem er Kathrine zum Tanz führte, hatte verschiedene Zwänge. Einer davon und zwar der nächste war, seinen Sieg über die Gegner dadurch zu vollenden.

Den Walzer, der schon im Gange war, machte er nicht mehr mit; er blieb an der Seite stehen, betrachtete sich die Haare und sah mit Vergnügen mehrere aus dem feindlichen Dorfe darunter. Nachdem der Musikant vorbei war, trat er mit Kathrine vor die Musikanten, machte sie durch einen Blick aufmerksam und sang mit kräftiger, wohlklingender Stimme ein Lied. Der einfache Sinn der Dixerellen war, daß der Barfäher, wenn er ein rechter Barfäher sein wollte, „Kunze haben müsse wie der Teufel“. Die Musikanten, welche von der Sachlage genau Kunde hatten und den Hans, wenn er bei Gelde war, als sehr solvend kannten, strichen und bliesen mit wohlgefälligen Mienen auf das eifrigste.

Unser Paar tanzte zuerst, und wer die männliche Vornehmheit des Barfäher und die Schönheit des erregten Mädchens betrachtete, der mußte sich sagen, daß es von allen das Hervorstechendste sei. Ein alter Musikant, während er die beiden so stolz und schön sich drehen sah, hatte sogar den Gedanken des Hans. „Diese zwei Leute“, sagte er sich, „passen zusammen, als wenn sie füreinander gegossen wären!“

Und beglückt seine Bahngänge freudevoll, sagte er dazu: „In unserm Ries kommt doch manchmal noch was recht Feines zum Vorschein, wenn's gut geht!“

Dreilieder wollte unser Barfäher singen. Das zweite vries das Zigerleben und handelte von der Freude des Fichters. Beim Vortrag deselben erhielten sich einige Gefächler schlaun. Was vom Ziger galt, das galt auch vom Wildschützen — und dieser hatte eigentlich das schärfere Ver-

gnügen. — Der alte Musikant betrachtete ihn und sagte sich: „Der hat wieder eine Ehrennahme gehabt — und wird hem' besser zahlen als der rüchste Bauerbarfäher!“

Das dritte Lied sprach die uralte Wahrheit aus, daß dem Barfäher, der von allen der stärkste und letzte sei, auch das schönste Mädchen gebühre. Hans trug die Reime, die im Gau bekannt und schon von vielen gesungen waren, ungeschrien vor, man beachtete darum nichts Besonderes herauszuhören. Die Dacht seiner Tänzerin kam dennoch in Bewegung. Wenn sie aber in dem Liebe etwas Abschließendes fühlen mochte, so nahm sie es jedenfalls nicht übel.

Als nach gelangtem Reimen unser Paar gegen die Musikanten herantam, rief der Alte: „Hans, du bist doch immer der vornehmste Tänzer und Sänger! Es ist eine Freude, dir zuzusehen! Du hast dich nur in der letzten Zeit etwas gemacht — ich hab' fast schon gefürchtet, du hab's ganz aufgegeben!“

Der Barfäher mit einem leichten Achselzucken erwiderte: „Man muß die jungen Leute auch davor kommen lassen!“

„Bah“, entgegnete die alte Kolnase, „du wirst dich doch nicht zu den Alten rechnen?“

„So freich“, erwiderte der Barfäher mit Humor und nicht ohne Lust, „so toll wie vorzeiten bin ich immer! Ich hab' keine solche Feind' mehr an der Nachreit — und ich glaub', die Zeit ist immer weit, wo ich mich belehren werd'!“

Der Barfäher mit einem Grinsen, welches die Atmosphäre zahlloser Tanzstunden lederbraun gebeizt hatte, lachte herzlich.

Hans mit Darme sah fort: „Für jetzt wenigstens möge auch andre was vorbringen. Ich hab' meine Lust gebüßt!“ Er nickte und ging mit Kathrine weiter.

Der eine seiner Zwerge war erreicht. Die Ehre des Dorfes war auch in diesem Punkte glänzend gewahrt.

Über gerade das lehrerfloßene Jahr bewies uns, daß die Gewerkschaften erst im Anfange ihrer Machtenstaltung stehen und daß ihr Aufschwung noch bedeutender Steigerungen fähig ist. Nach den uns zur Zeit vorliegenden Abrechnungen von 38 Organisationen verzeichnen diese allein binnen Jahresfrist eine Zunahme von 90 000 Mitgliedern. Dabei sind aber gerade eine Reihe der erfolgreichsten und größten Gewerkschaften unvertreten, da dieselben nur Jahresabrechnungen veröffentlichen. Man sieg aber die Anstöße des Organisationsjahres im Jahre 1905 von 207 500 auf 265 300 Exemplare, also um 57 800, die des Organs des Zentralverbandes von 140 000 auf 157 000, also um 35 000 Exemplare, und die der „Gewerkschafts-Ztg.“ nach dem großen Kampfe im Ruhrgebiet von 90 000 auf 155 000, also um 65 000 Exemplare. Mehr als 150 000 neue Leser hat also das vergangene Jahr allein diesen drei Gewerkschaftsorganen gebracht. Auch mehrere Verbände, deren Statuten noch nicht vorliegen, haben bedeutende Fortschritte gemacht. Unter diesen Umständen können unsere Gewerkschaften im verfloßenen Jahre mit einem Mitgliederzuwachs von 200 000 bis 250 000 sehr wohl rechnen. Wenn sich diese Entwicklung im laufenden Jahre in gleichem Maße fortsetzt, woran gar nicht zu zweifeln ist, so blühte im zweiten oder dritten Quartal die Zahl von anderthalb Millionen Mitgliedern erreicht sein. Daß dieses Fazit eintritt, dafür sorgt nicht bloß das Unternehmertum mit seiner Kapitalverwertung, die es allem Anschein nach auch künftig trotz ihrer gegenständlichen Erfolge zur Vermeidung bringen wird, sondern auch die besseren organisatorischen Einrichtungen und das Unterstützungsweisen der Gewerkschaften, die je länger, um so deutlicher ihre segensreichen und günstigen Wirkungen äußern.“

Kein Kompott, aber — Pferdefleisch! Nach einem hochweisen Urteil ist der starke Fleischkonsum in Arbeiterkreisen die Ursache des Viehmangels. Wir sind auf dem besten Wege, durch Nachlassen des „Nebels“ die Fleischnot zu überwinden. In welcher Weise innerhalb eines Monats der Auftrieb zurückgegangen ist, lehrt die Betriebsstatistik des Dortmunder Viehhofes. Es wurden dort

	aufgetrieben		geschlachtet	
	Dezbr.	Novbr.	Dezbr.	Novbr.
Großvieh	3433	3155	1283	1178
Kühe	1264	1579	933	1062
Schafe	492	265	577	266
Schweine	5234	7752	3206	4241
Pferde	—	—	95	88

226 Vorkentiere wurden weniger aufgetrieben, 1035 weniger geschlachtet! Das Volk hat demnach die tiefe volkswirtschaftliche Erklärung des „weißen Mannes“ wohl erfasst und sucht die böse Leidenschaft zu bekämpfen! Oder sollte der Rückgang des Fleischkonsums weniger der Befreiung vom sündigen Tun, als vielmehr einer pöblich erwachten Vorliebe für Trapp-Trapp-Ederbissen zuzuschreiben sein? Da die Regierung bekanntlich dem edlen Pferdebesitzer großes Interesse entgegenbringt, die Pferdebesitzer überhaupt zu den feudalen Vergnügten gebürt, ist es ja auch möglich, daß das wegen seiner Fleischbällerei gerüffelte Volk sein Wohlverhalten durch besondern Pferdebesitzer bekunden will. Das Problem ist so schwierig, daß es schwer halten wird, eine allseitig anerkannte Erklärung dafür zu finden. Daß etwa das Volk so bösartig sei, wegen der lumpigen Preissteigerung von 20 bis 50 Prozent weniger Fleisch zu essen, das wird kein Bock — man zugeben. Und zum Teil mit Recht! Der Arbeiter würde das teurere Fleisch schon kaufen — wenn er's nur könnte. So ersetzen sich die Vorkentiere ihres Lebens und Unterernährung rebagiert den Gesundheitszustand des Volkes.

Der geliebte Hirte und die gläubigen Schafe. In der badischen Gemeinde Nußloch bittet zurzeit der Fall Wilger das Tagesgespräch. Der katholische Pfarrer Stefan Wilger, der vor einigen Jahren von den Höfen des Höhenwaldes nach Nußloch versetzt wurde, machte sich, wie die „Bad. Landesztg.“ mitteilt, in der konfessionell gemischten Gemeinde durch sein scharfes Regiment in recht unliebsamer Weise bemerkbar. Der konfessionelle Friede schwand mit dem Einzug des freitbaren Pfarrherrn. Böse Zungen behaupteten zwar schon seit längerer Zeit, daß der Seelenhirte des frommen Hirten mit seinem inneren Wesen in Widerspruch

stehe. Man munkelte insbesondere von Vergnügungsexkursionen, die der Herr Pfarrer ab und zu in die schwäbische Pfalz unternahm. Von einer solchen Tour kehrte Herr Wilger eines schönen Tages nicht wieder, und als er mehrere Tage ausblieb, wurde erklärt, der „Herr“ sei wegen der abfälligen Verleumdung in Untersuchung genommen, werde aber in wenigen Tagen seine Unschuld nachweisen und dann nach Nußloch zurückkehren. Allein Tag um Tag verriechen, so daß selbst die „Gutgesinnten“ stutzig wurden. Endlich nach drei Wochen traf der sehnsüchtig Erwartete in Nußloch ein, wo ihm ein festlicher Empfang bereitet wurde. Die weitere Deffinitivität wurde tags darauf durch folgende Notiz des „Pfälzer Boten“ überbracht: Wegen falschen Verbots wurde von einiger Zeit unter Seelsorger, Herr Pfarrer Wilger, verhaftet und unter Anklage gestellt. Es ergab sich jedoch die Unschuldigkeit bei Untersuchung und wurde insolge dessen der Beschäftigte freigesprochen. Er kehrte gestern in seine Gemeinde zurück wo ihm ein freudiger Empfang seitens seiner Pfarrbrüder zuteil wurde. Vorherstatter Kirche gelebte er heute früh das hl. Opfer. Die katholische Gemeinde hier und mit ihr alle gutgesinnten Katholiken sind wie von einem Alpdruck befreit und erwarten mit (1), daß der o. a. die Hirte seiner Herde erhalten bleibt. Herr Wilger wäre zweifellos seiner Herde erhalten geblieben, wenn die böse liberale Presse in Stuttgart nicht wäre, die über den „Fall Wilger“ das Folgende zu berichten mußte: „Der Herr Pfarrer Wilger ist in einem bescheidenen Hause infolge einer Sittenbifflktion (Koglia) verhaftet 38jährige katholische Pfarrer Stefan Wilger von Nußloch (Wald) wurde in nicht öffentlicher Verhandlung zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt, welche durch die Untersuchungsbehörde verhängt ist. Es handelte sich um ein Vergehen im Sinne des § 175 des Strafgesetzbuches (wider natürliche Unzucht). Das Opfer war ein 17jähriger Bursche. Die Meldung hat natürlich auch den Weg nach Nußloch gefunden und bei allen „gutgesinnten“ Katholiken neuen „Alpdruck“ hervorgerufen.“

Ein Parteigenosse als Schöffe. In Mühlhausen i. E. wurde Genosse Gsell, Gauleiter, Gemeinderatsmitglied und sozialdemokratischer Reichstagskandidat, zum Schöffen beim kaiserlichen Amtsgericht berufen. Das vom Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung herausgegebene „Mitteilungsblatt“ legt uns in seiner ersten Nummer vor. Das Blättchen soll einzig und allein der Propaganda dienen und eine Art Zentralnachrichtensstelle für die Mitglieder bilden. Der Verband zählt 41 700 Mitglieder. Davon entfallen auf den ersten Kreis 700, den zweiten 3250, den dritten 2250, den vierten (Südost und Ost) 8650, den fünften 1600, den sechsten 11 000, auf Teltow-Verlosow 8200, auf Nieder Barnim 6050. Diese 41 700 Mitglieder stellten 834 Delegierte zur konstituierenden Generalversammlung, die bekanntlich am 17. Dezember 1905 stattfand. Aus dem „Mitteilungsblatt“ ist noch zu ersehen, daß Genosse Hans Bloch, bisher Redakteur an der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, in nächster Zeit als politischer Redakteur in die Redaktion des „Vorwärts“ eintritt. In die Lokal- und Vorortredaktion tritt am 1. April der früher in Berlin tätige, jetzt an der „Rheinischer Arbeiterzeitung“ beschäftigte Genosse Karl Wermuth ein. Damit ist die Redaktion des „Vorwärts“ wieder komplett.

Ein königlich bayerischer Sozialdemokrat. Aus München meldet man folgenden originellen Fall: Vom Gesamtausschuß des Sozialdemokratischen Vereins München wurde der Vorsitzende der Fecken Vereingung der Schuhmachereim�ter München, Johann Hierhager, im Hinblick auf § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei und § 3 des Statuts des Sozialdemokratischen Vereins München einstimmig aus der Partei ausgeschlossen. Hierhager hatte eine Reihe von Arbeitern der Münchener Zentral- und Betriebsvereine dem Reichsministerium denunziert, daß diese zu Hause für Kundschaften arbeiten und dadurch den Schuhmachereim�tern Konkurrenz machen. Unter den Denunzierten befand sich auch ein Arbeiter der Zentralwerkstätte, der schon seit 1900 keinerlei Pflichten mehr verrichtete und infolge dieser Denunziation Hierhagers eine hochnotpeinliche Untersuchung über sich

ergehen lassen mußte. Ein von der Partei eingesetztes Schiedsgericht stellte den Sachverhalt fest, eine Entscheidung konnte jedoch nicht gefällt werden, da der Vorsitzende des Schiedsgerichts durch das Verhalten des Hierhager sich veranlaßt sah, den Vorsitz niederzulegen. Der Gesamtausschuß des sozialdemokratischen Vereins hat unterm 11. August auf Grund des über die schiedsgerichtliche Verhandlung aufgenommenen Protokolls Hierhager einstimmig aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Beschluß wurde von einer Generalversammlung bestätigt. Gegen diesen Beschluß ließ nun Hierhager durch den jungliberalen Rechtsanwalt Dr. Fr. Goldschmidt 11 Klage zum Landgericht München I erheben mit dem Vorbringen: Das Landgericht wolle erkennen: Der Beschluß des Gesamtausschusses und der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins vom 11. bezw. 18. August auf Ausschließung des Klägers wird für rechtungültig erklärt. Die Klage wird damit begründet, daß der Ausschluß Hierhagers aus der sozialdemokratischen Partei auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei erfolgt sei. Diese Behauptung steht mit den Tatsachen in Widerspruch, denn nach den Erzeugnissen entscheide über den Ausschluß ein im Statut vorgesehener Schiedsgericht. Ein solches Schiedsgericht habe auch getagt, ohne jedoch zu einem Ausschlußschluß gekommen zu sein. Für das Vorgehen im Gesamtausschuß und in der Generalversammlung fehle jede sachgerechte Grundlage. Die Verhandlung wurde auf acht Tage vertagt. — Herr Johann Hierhager hat außerdem gegen den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, Landtags-Abgeordneten Franz Schmitt Klage wegen Verleumdung gestellt, weil dieser es unternommen hätte, den Ausschluß Hierhager und die Begründung auftragsgemäß in der „Münchener Post“ zu veröffentlichen. Diese Klage kommt am 14. Februar vor dem Schöffengericht in München zum Aufsat. — Gestagt dem Kläger sein originelles Vorgehen, d. h. geben ihm die Gerichte recht, dann wird er „im Namen des Königs“ zum Sozialdemokraten erklärt.

Deutsch-Amerikanischer Sozialistenbund. Unter dem Namen Deutsch-Amerikanischer Sozialistenbund ist am 10. Dezember im New Yorker Labor House zum 64. Dist. 4 St., eine Organisation gegründet worden, die sich die Aufgabe gestellt hat, in der deutschen Sprache unter der deutschsprechenden Bevölkerung in den Vereinigten Staaten für den Sozialismus und die Gesamtpartei (Socialist Party) zu agitieren. Seit einigen Jahren ist die deutsche Propaganda völlig vernachlässigt worden. Die Folge davon ist, daß viele Eingewanderte, die in der alten Heimat Parteigenossen waren oder wenigstens bei den Wahlen für unsere Kandidaten stimmten, sich hier nicht mehr um die sozialistische Bewegung kümmern. Wir werden deshalb besonders die Einwanderung beachten und auch, soweit es uns möglich ist, den neu angekommenen Rat und Auskunft geben. Vorläufig können aber nur Sozialdemokraten oder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter berücksichtigt werden. Wer sich bei der Ankunft an uns wendet, kann von uns zur Wohnung ein anständiges deutsches Gast- oder Privathaus angewiesen erhalten. Beschwerden über die Agenten der Dampfer Gesellschaften oder die Verpflung und Behandlung im Zwischenland nehmen wir zur Untersuchung entgegen. Bis zum 1. Mai, 1906 gelten die folgenden Adressen: Für New York: Redaktion der „New Yorker Volkszeitung“ 184 William Str., wo der Genosse Otto Sattler Auskunft erteilen wird. Sprechtzeit täglich, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen, von 4—5 Uhr nachmittags, am Sonntagabend eine Stunde früher und am Sonntag von 5—6 Uhr nachmittags. Für Chicago, Ill.: Genosse Robert Sattler, Redaktion von „Neues Leben“, Zimmer 12 in 163 Ost Randolph Str. Sprechtzeit zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags. Mit sozialistischem Gruß der Deutsch-Amerikanische Sozialistenbund. J. A.: Otto Sattler, Sekretär.

Aus Nah und Fern.

Uchtzehnjährige Reise eines Briefes. Von der Insel Alsen wird dem „B. T.“ berichtet: Uchtzehn Jahre war ein Brief unterwegs, der dieser Tage in die Hände des Adressaten, des auf dem Torpedoschiffstaub Schwarzkopff bei Höruphoff beschäftigten Schiffzimmermanns

Als man sah, daß der schwarze Hans auf das Vorfingen verzichtete, ließ sich led und feiß eine andere Stimme hören. Und welche? Die von unserem Freunde Kasper.

Der wadere Bursche hatte seine „Schwarzbraune“ zum Tanz geführt und war nun glücklich, dem Hans durch die geiffachte Dreische nachschreiten und den vorhin so feck unterbrochenen Walzer unbeanstandet zum besten geben zu können. Das Selbstgefühl und die Sicherheit, womit er dies tat, war auffallend. Hans und Kathrine sahen sich an und lächelten. In dem Blicke des Mädchens lag alle Anerkennung für den, welcher die Bahn gebrochen und dem guten Gesellen die Möglichkeit verschafft hatte, die Schwärze seiner Ehe so schön wieder auszuwehen.

Zwischen den beiden Leuten hatte sich unmerklich ein großes wechselseitiges Vertrauen hergestellt. In folgenden Herumgehungen sagte Kathrine: „Du glaubst gar nicht, Hans, wie froh ich gewesen bin, als ich dich heut' gesehen hab! Ich bin nun einmal so, unrecht kann ich mir nicht tun lassen. Ich war so zornig — ich hätte die Kerle totschlagen können. Wenn da nicht gekommen wärs, die Bat hätte mich umgebracht!“

Hans vernahm dies mit tiefem Wohlgefühl. Aber er hielt an sich und erwiderte mit Ruhe: „Es freut mich, Kathrine, daß ich dir einen Gefallen hab' tun können!“ Und lächelnd setzte er hinzu: „Bin ich doch auch noch zu was gut gewesen auf der Welt!“

Kathrine machte eine seltsame Miene: „Du wärs noch so gar viel gut.“ entgegnete sie, „wenn du nur wolltest!“

Hans zuckte die Achseln. „Wir wollen halt sehen!“ versetzte er und trat zum Tanz an.

Als dieser geendet war und die Paare wieder gingen, warf der Bursche einen Blick in den Winkel am Fenster — und zog die Augenbrauen zusammen.

Wir haben erwähnt, daß er bei seinem Eintritt in den Saal mehrere Burschen des feindlichen Dorfes unter den Tänzern erblickte. Dvne es auffällig zu machen, hatte er seine Augen sowohl auf ihnen, als auf etlichen ihrer Kameraden,

die ab und zu gingen; keinem konnte er etwas Gefährliches ansehen. Jetzt bemerkte er aber etwa zehn der Burschen in lebhaft flüsterndem Gespräch. Es waren die drei Anführer darunter, man sprach mit Leidenschaft — Hans konnte raten worüber. Auch Kathrine ward aufmerksam. Sie schaute ihren Tänzer an und richtete ihren Blick vielfach auf den Hans. „Es wurmt sie“, bemerkte Hans, „der Hochmut sitzt sie wieder, und sie halten einen Rat!“

„Wenn sie nun wieder anfangen?“ entgegnete sie mit besorgtem Blick.

Der Bursche richtete den Kopf in die Höhe und aus seinen Augen ging ein wilder Blick. „Ich wollt's keinem raten!“ versetzte er trohig, indem er die Hand ans Messer legte.

Die Stimmen in der Ecke wurden lauter. Es drangen Schimpfworte, Anrufe des Hornes und grimmiiger Erbofang her. Das lauschende Paar hörte, daß der Wetter des Sämmels am heftigsten sprach. Pöblich rief ihm der schon öfter erwähnte bewonnene Bauernjognd stüßend, aber deutlich hörbar zu: „Nun, Stoffel — willst du der Raß' die Schwel' anhängen?“

Eine lautlose Stille folgte. Der stämmige Kerl schwieg; sein Gegner zuckte die Achsel. Die Friedenspartei hatte gestigt und der Kräuel begann sich wieder abzuwickeln.

Kathrine, einer großen Last erluden, bewegt, glücklich, brückte ihrem Tänzer die Hand. Dieser, den Druck erwidern, sah sie mit freudigem Selbstgefühl und glänzenden Augen an.

„Sie geben's wieder auf!“ rief das Mädchen.

Hans mit stolzem Bewußtsein versetzte: „Sie tun wohl daran.“

betroffen und ein Schatten ging über seine Züge. Was aber sein Gefühl sein mochte, er unterdrückte es und sprach seine Freude darüber aus, daß es so gut gegangen sei, wie sie sagten.

Alle setzten sich wieder an der Tafel zusammen. Der Steg im Vorfingen wurde nicht mit dem wenigsten Vergnügen und Selbstgefühl besprochen. Kasper sah fast aus, als ob er ihn erfochten hätte. Jedenfalls hob er hervor, daß bei seinem Singen die Kerle in seiner unmittelbaren Nähe dumme Gesichter gemacht, aber sonst nicht gemerkt hätten.

So lang zur Meßzeit der Tag ist — endlich nahm doch auch der heutige ein Ende, und die Mädchen mahnten zur Heimkehr. Die Burschen ließen sich die Beße machen und zählten. Nachdem sonst alle aufgestanden waren, blieb Hans auf seinem Stuhle sitzen. „Gehst du nicht mit uns heim?“ versetzte Kasper.

„Es ist mir noch zu früh“, versetzte der Bursche mit Humor.

„Du willst noch bleiben?“ rief Kathrine mit einem Blicke der Sorge. „Allein?“

„Mir“, erwiderte der Bursche, „tut niemand was — und wenn ich allein bin, am allerwenigsten! — Kommt gut nach Haus!“

Die Paare verabschiedeten sich.

Hans ließ sich noch eine Flasche Wein kommen und trank ihn behaglich. Wie er mehrere Burschen des feindlichen Dorfs ganz ehebar an sich vorübergehen sah, als ob er gar nicht mehr da wäre, lächelte er. Dann sagte er zu sich selbst: „Der Kasper hat nicht ganz unrecht! Solbat soll' ich sein — da kann ich's zu was bringen! Ich hab' mir das schon selber gedacht — und es ist nicht zu spät dazu! — Aber jetzt geht's nicht — jetzt muß ich im Dorfe bleiben!“

Nachdem er die Flasche geleert hatte, zahlte er die Musikanten — wie der Alte mit schlaudem Doppelsinn bemerkte — „fürstlich“, und machte sich allein auf den Heimweg. Er war in seiner tiefsten Seele vergnügt und mit dem Tage voll zufrieden.

(Fortsetzung folgt)

Hammer gelangte. Im Jahre 1887 war das Schreiben von Hammers Eltern an diesen, der damals zur See fuhr, nach einem amerikanischen Hafen gerichtet worden. Da Hammer jedoch von dort bereits wieder in See gegangen war, konnte der Brief nicht zustellen werden, wurde ihm nachgefahnd und passierte so nach und nach zahlreiche Häfen sämtlicher Erdteile, bis er schließlich vor kurzem an die Abänder zustieglangte, die nun das Schreiben ihrem Sohne direkt zustellen konnten.

Reidengeschichte eines preussischen Staatsbürgers. Im Sommer des Jahres 1904 wurde der damals 21jährige Versicherungsbeamte Knappe bei der „Blauen Hölle“ in der näheren Umgebung Berlins von der Polizei kontrolliert aufgegriffen und mit einem Trupp von Bedrohen zusammengestellt nach dem Alexanderplatz gebracht. Dort wurde der Verdacht erkannt, dass man entlieh den jungen Mann. Herr Knappe aber, der nicht wollte, dass es nicht eines preussischen Staatsbürgers ist, sich von jedem beliebigen Polizisten wie ein Kalb gebunden spazieren führen zu lassen, beging nun die Unvorsichtigkeit, auf die Reklamation eines bürgerlichen Mannes, der „Welt am Montag“, zu geben und dort sein Leid zu klagen. Nach seiner Gehörung soll er während des Transports beschimpft und geschlagen worden sein; aber das ist wohl unwahr, denn die Polizisten haben es bestritten, und Polizisten sind, auch wenn sie einen „Witzgeist“ begangen haben, viel glaubwürdiger, als ein durchschnittsständiger Unterthan. Die Folge war, dass Knappe mit dem Reklamatoren Ludwig am 9. März 1905 vor die Berliner vierte Strafammer gestellt wurde, wo man ihm versicherte, dass er ein „verlogener Mensch“ sei (er hatte gesagt, er sei an den Armen gestellt worden, und er war nur an dem Arm — dem rechten — gefesselt worden), ihn aber aus „formalen Gründen“ freisprach. Dieser Freispruch verletzte nun wieder das Rechtsgefühl der königlich preussischen Staatsanwaltschaft, die bekanntlich die „objektivste Behörde der Welt“ ist — wofür nicht die königlich preussische Polizei noch „objektiv ist“ —, sie ging daher zum Reichsgericht und hatte das Glück dort mit ihrer Auffassung obsiegen. Es gibt noch Richter in Leipzig! — Nun wird sich der arme Sünder, der nun schon im 23. Lebensjahre steht und vorzeitig graue Haare bekommt, am 11. Januar 1906 abermals vor der vierten Strafammer wegen der Prügel, die bekommen zu haben er in frecher Verlogenheit behauptet, zu verantworten haben, und der Reklamatoren, der der Meinung ist, kein Mensch dürfte sich so leicht Schläge an, die er nicht erhalten hat, wird ihn auf seinem Gang nach Moabit begleiten. Er mag ja die Welt selbst schon so weit gesehen sein, sich ein paar Monate oder Wochen preussischer Staatsversorgung zu wünschen, um aus dem Schrecken ohne Ende herauszukommen, der ihn nun seit anderthalb Jahren verfolgt. Die eigentliche Schuld an dem ganzen Unglück trägt ein Arzt. Knappe ist nämlich ein kranker Mensch, dem ein Arzt den Rat gegeben hatte, fleißig in der Sonne spazieren zu gehen. In der Sonne spazieren zu gehen, ist aber in Preußen streng verboten, weil es da viel zu heil ist. Und so mußte er in die Mühlen der preussischen Gerechtigkeit geraten, die wie jene des lieben Volkes zwar langsam, aber dafür desto sicherer mahlen.

Liebe und Tobsucht. Mit einer neuen Skandalaffäre, in der auch Verfallscheitern „aus hohen Kreisen“ verwickelt sein sollen, hat sich die Berliner Polizei wieder einmal zu befassen. Ein Kaufmann Karl Christ, der in Bismarck lebt, hatte vom 1. Juni v. J. an in dem Hause Tempelhofer Ufer 35 im Erdgeschoss eine Wohnung von fünf Zimmern, für die er das Jahr 1600 Mark zahlte, gemietet. Er selbst aber bewohnte sie nicht, kam vielmehr nur an jedem Monatsende, um die Miete zu bezahlen. Seine 32 Jahre alte Frau Erna, eine stattliche, blendende Schönheit, teilte die Räume mit dem 31 Jahre alten früheren Studenten der Chemie Eugen v. Steuben, der früher einmal anderthalb Jahre in einer Zarenanstalt interniert war. v. Steuben ist verheiratet und steht unter Kuratel. Seine Frau wohnt in London. Frau Christ, mit der er schon längere Zeit ein Verhältnis hatte, meldete ihr bei dem Hausverwalter als Kaufmann Fischer an, behielt aber den unterschriebenen Meldezettel für sich, anstatt ihn der Revierpolizei zu übergeben. Frau Christ erpögte in ihrer Wohnung, deren Einrichtung übrigens 15 000 Mk. kostete, sehr viele Herren aus den ersten Gesellschaftskreisen. In der letzten Zeit hatte Herr v. Steuben wohl das Gefühl, daß seine Geliebte seiner überdrüssig sei, während sie früher mit ihm weite Reisen, besonders nach Monte Carlo, unternommen hatte. Seine Vermutung verdrängte sich zur Gewißheit, als er sah, daß Frau Christ die Einrichtung verkaufen und die Wohnung zum Jahreswechsel dem Käufer abtreten wollte. Jetzt wurde v. Steuben von Eifersucht geplagt, die sich zur Tobsucht steigerte, als Frau Christ heimlich große Einkäufe machte, die auf die Absicht, zu verreisen, schließen ließen. Am 2. Januar sollte der Käufer der Einrichtung die Wohnung übernehmen. In dieser eilte Steuben einen Tobichtsanzfall, in dessen Verlauf er alles kurz und klein schlug. Köstliche Waaren und andere Kunstgegenstände gingen in Scherben; schöne Gobelins und Bilder zertrümmert der Tobsüchtige mit seinem Messer, ebenso die Möbelbezüge und Betten. Nichts blieb ganz. Als v. Steuben mit der Zertrümmerung fertig war, ließ er den Stuhl, mit dem er alles Zerbrechliche zertrümmert hat, auf seine Geliebte niederfallen. Und laut schrie er dabei, er sei nicht Kaufmann Fischer, sondern Baron v. Steuben. Endlich sprang er auf die Mißhandelte zu, um ihr mit dem Messermesser den Hals durchzuschneiden. Frau Christ konnte aber noch rechtzeitig durch ein Fenster entfliehen und die Polizei benachrichtigen. Schulkleute hatten Mühe, den Wütenden zu bändigen und nach der Wache zu bringen. Als er sich dort beruhigt hatte, beschuldigte er seine Geliebte der gewerbsmäßigen Puppelei. Frau Christ, die ebenfalls in Gewahrsam genommen wurde, erklärt alle Anschuldigungen gegen sie, soweit sie die Puppelei betreffen, für unbegründet. Daß sie Herrenbesuche, auch aus sehr hohen Kreisen, empfangen hat, kann sie nicht bestreiten. Das wußte man auch im Hause, während man Damenbesuche nicht beobachtete. Einwilligen ist Frau Christ wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Sie hat aber Berlin bereits verlassen und wird wohl schwerlich wieder zurückkehren. v. Steuben wurde nach Herzberge überführt.

Großfeuer in Hannover. Das große Maler- und Bühnendekorationsatelier von Lüt-

dens am Marktplatz in Hannover steht in Flammen. Das Innere, bestehend aus fünf großen, mit Dekorationen angefüllten Vorräumen, ist bereits ausgebrannt. Die Flammen wüthen noch weiter, und es besteht Gefahr, daß die alten Holzschwellerbauten an der Burgstraße dem Feuer zum Opfer fallen.

Arbeiterfehde auf dem Lande. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich der Landwirt Heinrich Meyer aus Deensen vor der hiesigen Strafammer in Braunschweig zu verantworten. Beim Getreideernteausbruch habe er es, daß zwei Schulknaben beim Verpachten mit Haseln. Dabei stürzte der eine durch eine Luke und verstarb an den Folgen der Verletzung. Der Oberwachmeister Reuland als Zeuge erklärte, daß die Luke nicht ordentlich abgedichtet gewesen sei. Wegen solcher Vergehen seien im letzten Jahre im Bezirk Stadtoldendorf allein gegen 100 Landwirte zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Bürgermeister ist beim Stehlen. Man schreibt der „Lpz. Volksztg.“ aus München: Eine niedliche Schilderung ländlicher Zustände in Bayern entwirft ein Bertramorgan, das „Regensburger Morgenblatt“. Es bringt einen längeren Artikel über die Sicherheitsverhältnisse auf dem Lande, besonders über den vielen Walfisch. Von einem polizeilichen Schuß löme man gar nicht reden, weil die gemeindlichen Flurwächter wegen ihrer meist miserablen Bezahlung gezwungen seien, selbst mitzuschußeln. Ein Flurwächter, der ja noch im Amte sei, habe, als sein Haus zwangsweise verpfändet werden sollte, vorher die stärksten Dachbalken herausgeschitten, so daß das Haus einzufallen drohte. Zu einem Bürgermeister sei einmal nachts die Gendarmerie gekommen, um etwas untersuchen zu lassen. Er sei aber nicht daheim gewesen und seine Frau habe seine Abwesenheit mit der Bemerkung entschuldigt, er hole im nahe gelegenen Walde, der aber nicht ihm gehöre, Holz zum Baden! Auch in Bezug auf die Wirtschaftspolizei sehe es sehr schlecht aus, seien doch schon Frauen von Bürgermeistern und von Polizeidienern auf das Bezirksamt gekommen und hätten sich beschwert, daß ihre Männer früh und spät im Wirtschaftshaus sitzen und keine Polizeistunde einhalten. — Es ist nur gut, daß diese Schilderung in einem ultramontanen Blatte erschienen ist. Wir hätten einmal die Entrüstung sehen mögen, wenn ein sozialdemokratisches Organ solche Behauptungen aufgestellt hätte.

Ein „Simplizissimus“-Prozess in Köln. Die Strafammer in Köln verhandelte am Mittwoch gegen den Buchhändler D. H. Müller, weil er im Okt. 1905 das Flugblatt des „Simpliz.“ „Fort mit der Liebe!“, eine „urzüchtige Schrift“, selbsterhalten und verkauft habe. Die Verhandlung fand auf Antrag des Staatsanwalts bei verschlossenen Türen statt. Schon einmal, im August, stand der genannte Buchhändler wegen Falschhaltens eines Erzeugnisses des „Simplizissimus“, Verlags vor der Kölner Strafammer. Es handelte sich damals um die Nr. 7, die Karnevalsnummer des „Simplizissimus“. Damals wie jetzt hatte man von allen Kölner Buchhändlern ganz allein Herrn Müller herausgegriffen, der sich von den anderen Buchhändlern Kölns dadurch unterscheidet, daß er in seinem Schaufenster neben anderer Literatur insbesondere sozialistische, gewerkschaftliche und freidenkerische Schriften, sowie den „Vorwärts“ und die „Reinische Zeitung“ ausstellt. In einem Schreiben an den Ersten Staatsanwalt hatte der Angeklagte um Auskunst gebeten, wie es komme, daß auch diesmal wieder er der einzige Kölner Buchhändler sei, den die Anklagebehörde wegen des „Simplizissimus“-Flugblattes herausgegriffen habe. Durch die Antwort wurde der Mann nicht klüger, denn sie lautete: „Wegen des Flugblattes „Fort mit der Liebe!“ ist nur gegen Sie Anklage erhoben worden, weil allein gegen Sie wegen dieses Flugblattes Anzeige erstattet worden ist.“ In der Verhandlung erklärte der Angeklagte: Nur bei ihm sei durch die Kriminalpolizei das Flugblatt beschlagnahmt worden. Nach der Beschlagnahme habe er aber noch in sechs anderen Buchhandlungen Kölns, darunter bedeutenden Geschäften, das Flugblatt gekauft oder durch Zeugen kaufen lassen. Vierzehn Tage nachher habe das Blatt noch im Schaufenster einer großen Buchhandlung einer der Hauptstraßen Kölns gehängt, und er habe es dort durch zwei Zeugen kaufen lassen, um das einseitige Vorgehen der Behörden festzustellen. Im übrigen bestreite er, das Flugblatt nach der in München erfolgten Beschlagnahme noch selbsterhalten und verkauft zu haben. Infolge dieses Bestreitens sah sich das Gericht gezwungen, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen, um über den Verkauf Zeugen zu laden. In dem ersten Prozeß gegen Müller war der einzige Belastungszeuge der evangelische Pastor Wendland. — Ist in der Tat nur gegen einen Buchhändler der seltsame Prozeß eingeleitet, so ist nunmehr die Staatsanwaltschaft, da sie in ihrer Ueberzeugung Raum gegeben hat, daß die „Simplizissimus“-Nummer eine unzüchtige Schrift sei, auch ohne die Strafandrohung des § 346 Str.-G.-B. verpflichtet, auch gegen die anderen Sünder vorzugehen, es sei denn, sie nimmt an, der Buchhändler Müller sei der rechtsgerichtliche „Normalmensch“, der normalmäßig Aufstoß am Witz gefunden habe, während den übrigen Buchhändlern die zur Strafbarkeit erforderliche Einsicht fehle, daß ein „Normalmensch“ in seinem Schamgefühl durch den „Simplizissimus“-Artikel verletzt werden könnte. Das wäre freilich eine sehr bedenkliche Beurteilung der bürgerlichen Moralanschauungen und ein eigenartiges Messen der Gerechtigkeit mit gleichem Maß.

Melrikale Nemesis. In der Peterskirche in München, wie man schreibt, dieser Tage ein neunjähriges Kind eine Kerze von einem Seitenaltar weg. Es wurde deshalb von der Kirchenbehörde zur Anzeige gebracht. Vor nicht gar langer Zeit starb an der nämlichen Kirche der Stenograph Bos. Nach seinem Tode entdeckte man, daß er 118 000 Mark aus der Kirchenkasse gestohlen hatte. Das hätte der fromme Mann nicht fertig gebracht, wenn die Kirchenbehörde auf ihrem Posten gewesen wäre. Anscheinend will diese jetzt durch die Anzeige des unglücklichen Kindes dartun, daß sie unter Umständen auch energisch und wachsam sein kann.

Der Kaiser weint. Die „Zürcher Post“ entnimmt dem „Eri de Paris“ das folgende „russische Frühlingmärchen“: Es war einmal einmal ein junger Kaiser, der den Winter anbetete, und dieser behing ihm dafür die Bäume und Hüften und Dächer mit Eiszapfen. Die

Kälte hielt das ganze Jahr durch an. Eines Tages aber spürte der Kaiser den Eintritt von Tauwetter, und die Last wurde so warm, daß er in seinem Reichthum nicht mehr aushielt. Besorgt darüber rief er den Ministerrat zusammen und fragte, was denn vorgehe. „Majestät, der Frühling! Der Frühling! Ich will keinen Frühling in meinem Reiche.“ Sie werden diesen Frühling sofort unterdrücken. Man bringe mir den Kalender! In meinem Reiche soll es nur Winter sein!“ Der Ministerrat verbeugte sich, und der Frühling wurde gestrichen. Einige Monate gingen dahin. Eines Morgens, als der junge Kaiser noch in den Federn lag, betrat ein Greis sein Schlafzimmer und wachte ihn auf: „Väterchen du bist im Unrecht. Du weißt nicht, was um dich vorgeht, und man verbringt dir die Wahrheit. Unser Getreide kann nicht austreiben und unter Weisheit aus Mangel am nötigen Futter. Das Volk erliegt der Hungersnot. Die Bäume bleiben ganz kahl. Ströme und Flüsse mehr und auch keinen Handel. Das bedeutet unseren Untergang.“ — „Wirklich?“ sagte der junge Kaiser. „Daran habe ich nicht gedacht.“ Er ließ wiederum die Minister kommen: „Sie werden mir den Frühling wieder in den Kalender einfügen; das Land braucht ihn.“ — „Unmöglich, Majestät. Der Frühling läßt sich nicht zurückholen, wenn er vorüber ist.“ — „Ich will ihn aber haben“, erwiderte der junge Kaiser und nach kurzem Besinnen sagte er hinzu: „Ein Frühling muß sein... aber ein winterlicher.“ Die Diener nickten zustimmend. Die Gärtner erhielten Befehl, in allen Beeten abgeschnittene Blumen einzusetzen; das sollte ein Sinnbild des Frühlings sein. Die Dichter feierten jetzt den Venz und die Hölische sangen ihre Strophen nach. Aber ein Frühling war's halt nicht. Denn der Winter, der sich nicht entthronen läßt, setzte sein Wüten fort; die Erde war bis ins Herz erstarrt, die Vegetation tot. Da weinte der junge Kaiser in seinem Palaß, weil der Frühling, den er erwartete, nicht kam.

Harter Dienst. Ein festlicher Vorgang wird aus Wien gemeldet. Am Sonntag vormittag wurde in das Wiener Postparlament die Rettungsgesellschaft gerufen, wo achtzehn Beamte von Aufregungsanständen, Ohnmachten und Krämpfen befallen worden waren. Die Kranken sagten aus, daß sie infolge Ueberbürdung in 10-11stündigem Dienst in diese Zustände geraten seien. Die Rettungsgesellschaft leistete ihnen die erste Hilfe. Außerdem wurden noch fünf Personen von Aufregungsanständen und Weinkrämpfen befallen.

Schiffunglück. Am Dienstagabend ist in Bordeaux aus New-York der deutsche Dampfer „Frida“ eingetroffen, der berichtet, daß er eine sehr stürmische Ueberfahrt gehabt habe. Am 3. Januar ergoß sich während eines furchtbaren Sturmes eine Sturzflut über das ganze Schiff. Drei Mann der Besatzung ertranken und dem zweiten Offizier wurde ein Bein gebrochen. 129 Fässer Petroleum, die auf Deck verladen waren, gingen über Bord. Das Schiff ist nur leicht beschädigt.

Hotelbrand. Aus Minneapolis (Amerika) wird berichtet: Das hiesige Westendhotel ist niedergebrannt. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind acht Hotelgäste in den Flammen ums Leben gekommen. Man fürchtet aber, daß noch andere Personen ihr Leben eingebüßt haben. Der Feuerwehrhauptmann stürzte bei dem Versuch, eine Frau zu retten, ab und starb.

Stadthallen-Theater.

Don Carlos, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Die Direktion des Stadthallen-Theaters hat bereits wiederholt das löbliche Bestreben gezeigt, dem minderbemittelten Publikum die Werke unserer Dichterkollegen zu verhältnismäßig geringen Preisen zu bieten. Nun kommt es jedoch nicht allein darauf an, daß die Klassiker an unserer Bühne zu Worte kommen, sondern es ist besonderes Gewicht auf die Art und Weise zu legen, wie sie geboten werden. Und da ist manches Verbesserungsbedürftig. Es scheint, als ob auf die Einstudierung der klassischen Dramen nicht immer die nötige Sorgfalt gelegt wird. Darunter leidet jedoch nicht nur der Eindruck, den der Zuschauer von der Dichtung erhält, sondern es wird auch eine Sünde an dem Schöpfer derselben begangen. Dann kommt noch hinzu, daß man durch Streichungen, die auch nicht immer glücklich vorgenommen werden, den Theaterabend möglichst verkürzen will, und dabei das Drama entwertet. Die vorstehend skizzierten Mängel treffen auf die Wiedergabe von Schillers „Don Carlos“ am Mittwoch zu. Der Eindruck der prächtigen Dichtung ging durch die in mancher Hinsicht ungenügende Aufführung zum großen Teil verloren. Von den Mitwirkenden verdient in erster Linie Herr Brandt genannt zu werden, der den Philipp spielte. Wenn es ihm auch nicht gelang, den finstern Herrenmenschen überzeugend darzustellen, denn dazu mangelt ihm Organ und Figur, so hatte er doch seine Rolle studiert und auch durchdacht, was man an diesem Abend leider nicht von allen seinen Kollegen sagen konnte. Dem Marquis Vofa des Herrn Jacoby fehlte die hinreichende Berechnung und das zündende Feuer, durch welches dieser Verfechter der Gedankenfreiheit begeistert wirkt. Als Don Carlos debütierte ein junger Künstler vom Stadtheater in Darmen, Herr Klein. Wenn ihm auch der Eifer anjumerken war, mit dem er sich seiner Aufgabe hingab, so fehlte seinem unglücklichen Selben doch der feinere Schliff sowohl im Spiel wie auch in der Behandlung des Organs, das in der Erregung rau und unharmonisch klang. Der Herr der Niederlande, Alba, wurde von Herrn Spamer auf den Wiedermann hinausgespielt und paßte somit nicht in den Rahmen des Schillerischen Dramas. Von den Damen waren Fr. Hagen (Wolff) und Fr. Leithner (Königin) zwar nicht immer sicher, aber doch annehmbar. Der Herr und namentlich der Domingo waren direkt ungenügend besetzt. Aus dem schützigen Briefsteller wurde geradezu ein Humorist. Auch die Besetzung der kleineren Rollen hat keinen Anspruch auf Lob. Öffentlich läßt sich die strebende Direktion unserer Bühne durch den reichen Beifall, der dem dramatischen Gedicht folgte, nicht täuschen, sondern sorgt dafür, daß die Volksoberstellungen diesen auch verdienen. Für das Volk ist das Beste grade gut genug!

Steuerschau-Viehmarkt.

Hambura, 11. Januar. Der Schweinehandel verlief äußerst lebhaft. Zuführt wurden 934 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Berandtschweine — schwere 72-73 Mk., leichte 73 Mk., Sauen 66-70 Mk. und Ferkel 70-72 Mk. pro 100 Stk.

Hammer gelangte. Im Jahre 1837 war das Schreiben von Hammers Eltern an diesen, der damals zur See fuhr, nach einem amerikanischen Hafen gerichtet worden. Da Hammer jedoch von dort bereits wieder in See gegangen war, konnte der Brief nicht bestellt werden, wurde ihm nachgeschickt und passierte so nach und nach zahlreiche Häfen sämtlicher Erdteile, bis er schließlich vor kurzem an die Absender zurückgelangte, die nun das Schreiben ihrem Sohne direkt zustellen konnten.

Lebensgeschichte eines preussischen Staatsbürgers. Im Sommer des Jahres 1904 wurde der damals 21jährige Versicherungsbeamte Knappe bei der „Blauen Fäule“ in der näheren Umgebung Berlins von der Polyzit krankhaft aufgegriffen und mit einem Trupp von Bedrohern zusammengejagt nach dem Alexanderplatz gebracht. Dort wurde der Herr Knappe erkannt und man entließ den jungen Mann. Der Knappe aber, der nicht wusste, dass es sich um einen preussischen Staatsbürger handelt, sich von jedem beliebigen Polizisten wie ein Kalf gebunden spazieren lassen zu lassen, beringt nun die Landratskammer, auf die Rehabilitation eines bürgerlichen Mannes, der „Welt am Montag“, zu geben und dort sein Leid zu klagen. Nach seiner Behauptung soll er während des Transports beschimpft und geschlagen worden sein; aber das ist wohl unwahr, denn die Polizisten haben es bestritten, und Polizisten sind, auch wenn sie einen „Mißgriff“ begangen haben, viel glaubwürdiger, als ein durchschmittlischer Unterthan. Die Folge war, daß Knappe mit dem Redakteur Ludwig am 9. März 1905 vor die Berliner vierte Strafkammer gikert wurde, wo man ihm versicherte, daß er ein „verlegener Mensch“ sei (er hatte gesagt, er sei an den Armen gefesselt worden, und er war nur an dem Arm — dem rechten — gefesselt worden), ihn aber aus „formalen Gründen“ freisprach. Dieser Freispruch verletzte nun wieder das Rechtsgefühl der königlich preussischen Staatsanwaltschaft, die bekanntlich die „objektive Behörde der Welt“ ist — wofür nicht die königlich preussische Polizei noch „objektiv ist“ —, sie ging daher zum Reichsgericht und hatte das Urteil dort mit ihrer Auffassung obzuliegen. Es gibt noch Richter in Leipzig! — Nun wird sich der arme Sünder, der nun schon im 23. Lebensjahre steht und vorzeitig graue Haare bekommt, am 11. Januar 1906 abermals vor der vierten Strafkammer wegen der Prügel, die bekommen zu haben er in frecher Verlogenheit behauptet, zu verantworten haben, und der Redakteur, der der Meinung ist, kein Mensch dürfe sich so leicht Schläge an, die er nicht erhalten hat, wird ihn auf seinem Gang nach Moabit begleiten. Er mag jät vielleicht selbst schon so weit gebracht sein, sich ein paar Monate oder Wochen preussischer Staatsverfolgung zu wünschen, um aus dem Schrecken ohne Ende herauszukommen, der ihn nun seit anderthalb Jahren verfolgt. Die eigentliche Schuld an dem ganzen Unglück trägt ein Arzt. Knappe ist nämlich ein kranker Mensch, dem ein Arzt den Rat gegeben hatte, fleißig in der Sonne spazieren zu gehen. In der Sonne spazieren zu gehen, ist aber in Preußen streng verboten, weil es da viel zu heiß ist. Und so mußte er in die Mühlen der preussischen Gerechtigkeit geraten, die wie jene des lieben Gottes zwar langsam, aber dafür desto sicherer mahlen.

Lebe und Töblichkeit. Mit einer neuen Skandalaffäre, in der auch Persönlichkeiten „aus hohen Kreisen“ verwickelt sein sollen, hat sich die Berliner Polizei wieder einmal zu befassen. Ein Kaufmann Karl Christ, der in Rossin lebt, hatte vom 1. Juni v. J. an in dem Hause Tempelhofer Ufer 35 im Erdgeschoß eine Wohnung von fünf Zimmern, für die er das Jahr 1600 Mark zahlte, gemietet. Er selbst aber benutzte sie nicht, kam vielmehr nur an jedem Monatsersten, um die Miete zu bezahlen. Seine 32 Jahre alte Frau Erna, eine stattliche, blendende Schönheit, teilte die Räume mit dem 31 Jahre alten früheren Studenten der Chemie Eugen v. Steuben, der früher einmal anderthalb Jahre in einer Zarenanstalt interniert war. v. Steuben ist verheiratet und steht unter Kuratel. Seine Frau wohnt in London. Frau Christ, mit der er schon längere Zeit ein Verhältnis hatte, meldete ihn bei dem Hausverwalter als Kaufmann Fischer an, behielt aber den untergeordneten Mietvertrag für sich, anstatt ihn der Revierpolizei zu übergeben. Frau Christ empfing in ihrer Wohnung, deren Einrichtung übrigens 15 000 Mark kostete, sehr viele Herren aus dem ersten Gesellschaftskreis. In der letzten Zeit hatte Herr v. Steuben wohl das Gefühl, daß seine Geliebte seiner überdrüssig sei, während sie früher mit ihm weite Reisen, besonders nach Monte Carlo, unternommen hatte. Seine Vermutung verdrängte sich zur Gewißheit, als er sah, daß Frau Christ die Einrichtung verkaufte und die Wohnung zum Jahreswechsel dem Käufer abtreten wollte. Jetzt wurde v. Steuben von Eifersucht geplagt, die sich zur Töblichkeit steigerte, als Frau Christ heimlich große Einkäufe machte, die auf die Absicht, zu verheiraten, schließen ließen. Am 2. Januar sollte der Käufer der Einrichtung die Wohnung übernehmen. In dieser eilt v. Steuben einen Tobsuchtsanfall, in dessen Verlauf er alles kurz und klein schlug. Kostbare Vasen und andere Kunstgegenstände gingen in Scherben; schöne Gobelins und Bilder zerstückelt der Töblichkeit mit seinem Rasiermesser, ebenso die Möbelbezüge und Betten. Nichts blieb ganz. Als v. Steuben mit der Beschuldigung fertig war, ließ er den Stuhl, mit dem er alles Zerbrechliche zertrümmert hat, auf seine Geliebte niederfallen. Und laut schrie er dabei, er sei nicht Kaufmann Fischer, sondern Baron v. Steuben. Endlich sprang er auf die Mißhandelte zu, um ihr mit dem Rasiermesser den Hals durchzuschneiden. Frau Christ konnte aber noch rechtzeitig durch ein Fenster entfliehen und die Polizei benachrichtigen. Schutzleute hatten Mühe, den Wütenden zu bändigen und nach der Wache zu bringen. Als er sich dort beruhigt hatte, beschuldigte er seine Geliebte der gewerbmäßigen Kuppelerei. Frau Christ, die ebenfalls in Gewahrjam genommen wurde, erklärte alle Anschuldigungen gegen sie, soweit sie die Kuppelerei betreffen, für unbegründet. Daß sie Herrenbesuch, auch aus sehr hohen Kreisen, empfangen hat, kann sie nicht bestritten. Das wußte man auch im Hause, während man Damenbesuche nicht beobachtete. Einweilen ist Frau Christ wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Sie hat aber Berlin bereits verlassen und wird wohl schwerlich wieder zurückkehren. v. Steuben wurde nach Herzberge überführt.

Großfeuer in Hannover. Das große Maler- und Bühnendekorationsatelier von Lüt-

dens am Markwall in Hannover steht in Flammen. Das Innere, bestehend aus fünf großen, mit Dekorationen angefüllten Lagerräumen, ist bereits ausgebrannt. Die Flammen wüten noch weiter, und es besteht Gefahr, daß die alten Holzschwerbalken an der Burgstraße dem Feuer zum Opfer fallen.

Arbeiterfehde auf dem Lande. Wegen fahrerlicher Tötung hatte sich der Landwirt Heinrich Meyer aus Doenten vor der zweiten Strafkammer in Braunschweig zu verantworten. Beim Getreideernteausbruch hatte er es, daß zwei Schulknaben beim Verpacken mit Haseln. Dabei stürzte der eine durch eine Bule und verstarb an den Folgen der Verletzung. Der Oberwachmeister Knaack als Zeuge erklärte, daß die Bule nicht ordentlich abgedeckt gewesen sei. Wegen solcher Vergehen seien im letzten Jahre im Bezirk Stadfeldendorf allein gegen 100 Landwirte Strafanzzeigen erstatet worden. Meyer wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Der Bürgermeister ist beim Stehlen. Man schreibt der „Lipp. Volksztg.“ aus München: Eine niedliche Schilderung ländlicher Zustände in Bayern entwirft ein Perlemburg, das „Regensburger Morgenblatt“. Es bringt einen längeren Artikel über die Sicherheitsverhältnisse auf dem Lande, besonders über den vielen Balfcevel. Von einem polizeilichen Schutz könne man gar nicht reden, weil die gemeindlichen Fürwächter wegen ihrer meist miserablen Bezahlung gezwungen seien, selbst mitzufahren. Ein Flurwächter, der jät noch im Amte sei, habe, als sein Haus zwangsmäßig veräußert werden sollte, vorher die stärksten Dachbalken herausgeschitten, so daß das Haus einzufallen drohte. Zu einem Bürgermeister sei einmal nachts die Gewandmarke gekommen, um etwas unterschreiben zu lassen. Er sei aber nicht daheim gewesen und seine Frau habe seine Abwesenheit mit der Bemerkung entschuldigt, er hole im nahe gelegenen Walde, der aber nicht ihm gehöre, Holz zum Baden! Auch inbezug auf die Wirtschaftspolizei sehe es sehr schlecht aus, seien doch schon Frauen von Bürgermeistern und von Polizeibeamten auf das Bezirksamt gekommen und hätten sich beschwert, daß ihre Männer früh und spät im Wirtschaftshaus sitzen und keine Polizeihunde einhalten. — Es ist nur gut, daß diese Schilderung in einem ultramontanen Blatte erschienen ist. Wir hätten einmal die Entlastung sehen mögen, wenn ein sozialdemokratisches Organ solche Behauptungen aufgestellt hätte.

Ein „Simplizissimus“-Prozess in Köln. Die Strafkammer in Köln verhandelte am Mittwoch gegen den Buchhändler D. H. Müller, weil er im Okt. 1905 das Flugblatt des „Simpliz.“ „Fort mit der Liebe!“, eine „urzüchtige Schrift“, festgehalten und verkauft habe. Die Verhandlung fand auf Antrag des Staatsanwalts bei verschlossenen Türen statt. Schon einmal, im August, stand der genannte Buchhändler wegen Festhaltens eines Erzeugnisses des „Simplizissimus“-Verlages vor der Kölner Strafkammer. Es handelte sich damals um die Nr. 7, die Karnevalsnummer des „Simplizissimus“. Damals wie jät hatte man von allen Kölner Buchhändlern ganz allein Herrn Müller herausgegriffen, der sich von den anderen Buchhändlern Kölns dadurch unterscheidet, daß er in seinem Schaufenster neben anderer Literatur insbesondere sozialistische, gewerkschaftliche und sozialistische Schriften, sowie den „Vorwärts“ und die „Rheinische Zeitung“ ausstellt. In einem Schreiben an den ersten Staatsanwalt hatte der Angeklagte um Auskunft gebeten, wie es komme, daß auch diesmal wieder er der einzige Kölner Buchhändler sei, den die Anklagebehörde wegen des „Simplizissimus“-Flugblattes herausgegriffen habe. Durch die Antwort wurde der Mann nicht klüger, denn sie lautete: „Wegen des Flugblattes „Fort mit der Liebe!“ ist nur gegen Sie Anklage erhoben worden, weil allein gegen Sie wegen dieses Flugblattes Anzeige erstattet worden ist.“ In der Verhandlung erklärte der Angeklagte: Nur bei ihm sei durch die Kriminalpolizei das Flugblatt beschlagnahmt worden. Nach der Beschlagnahme habe er aber noch in sechs anderen Buchhandlungen Kölns, darunter bedeutenden Geschäften, das Flugblatt gekauft oder durch Zeugen kaufen lassen. Wie zehn Tage nachher habe das Blatt noch in Schaufenster einer großen Buchhandlung einer der Hauptstraßen Kölns gehängt, und er habe es dort durch zwei Zeugen kaufen lassen, um das einseitige Vorgehen der Behörden festzustellen. Im übrigen bestellte er, das Flugblatt nach der in München erfolgten Beschlagnahme noch festgehalten und verkauft zu haben. Infolge dieses Bestreitens sah sich das Gericht gezwungen, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen, um über den Verkauf Zeugen zu laden. In dem ersten Prozesse gegen Müller war der einzige Belastungszeuge der evangelische Pastor Wendland. — In der letzten Zeit nun gegen einen Buchhändler der seltsame Prozess eingeleitet, so ist nunmehr die Staatsanwaltschaft, da sie ja ihrer Ueberzeugung Raum gegeben hat, daß die „Simplizissimus“-Nummer eine unzüchtige Schrift sei, auch ohne die Strafanzeige des § 346 Str.-G.-B. verpflichtet, auch gegen die anderen Sünder vorzugehen, es sei denn, sie nimmt an, der Buchhändler Müller sei der rechtsgerichtliche „Normalmensch“, der normalmäßig Anstoß am Volk gefunden habe, während den übrigen Buchhändlern die zur Strafbareit erforderliche Einsicht fehle, daß ein „Normalmensch“ in seinem Schamgefühl durch den „Simplizissimus“-Artikel verletzt werden könnte. Das wäre freilich eine sehr bedenkliche Verurteilung der bürgerlichen Moralanschauungen und ein eigentümliches Messen der Gerechtigkeit mit gleichem Maß.

Merikale Nemesis. In der Peterskirche in Aachen nahm, wie man schreibt, dieser Tage ein neunjähriges Kind eine Kerze von einem Seitenaltar weg. Es wurde deshalb von der Kirchenbehörde zur Anzeige gebracht. Vor nicht gar langer Zeit starb an der nämlichen Kirche der Mendant Wolf. Nach seinem Tode entdeckte man, daß er 118 000 Mark aus der Kirchenkasse gestohlen hatte. Das hätte der fromme Mann nicht fertig gebracht, wenn die Kirchenbehörde auf ihrem Posten gewesen wäre. Aufmerksam will diese jetzt durch die Anzeige des unwissenden Kindes dartun, daß sie unter Umständen auch energisch und wachsam sein kann.

Der Kaiser weint. Die „Zürcher Post“ entnimmt dem „Cri de Paris“ das folgende „russische Frühlingmärchen“: Es war einmal einmal ein junger Kaiser, der den Winter anbetete, und dieser behing ihm die Bäume und Hüften und Dächer mit Eiszapfen. Die

Kälte hielt das ganze Jahr durch an. Eines Tages aber spürte der Kaiser den Eintritt von Tauwetter, und die Last wurde so warm, daß er's in seinem Bettwerk nicht mehr ausließ. Besorgt darüber rief er den Ministerrat zusammen und fragte, was denn vorgehe. „Nichts“, der Frühling ländet sich an.“ Der Kaiser stampfte mit dem Fuß. „Der Frühling? Ich will keinen Frühling in meinem Staat. Sie werden diesen Frühling sofort unterdrücken. Man bringe mir den Kalender! In meinem Reiche soll es nur Winter sein!“ Der Ministerrat verbeugte sich, und der Frühling wurde gestrichen. Einige Monate gingen dahin. Eines Morgens, als der junge Kaiser noch in den Federn lag, betrat ein Greis sein Schlafzimmer und wachte ihn auf: „Väterchen du bist im Unrecht. Du weißt nicht, was mich vorgeht, und man verbringt dir die Wahrheit. Unser Gewerbe kann nicht ausreifen und unser Vieh stirbt aus Mangel am nötigen Futter. Das Volk erlängt der Hungertod. Die Bäume bleiben ganz kahl. Ströme und Flüsse und Kanäle sind eingefroren, es gibt keine Schiffahrt mehr und auch keinen Handel. Das bedeutet unsern Untergang.“ — „Wirklich?“ sagte der junge Kaiser. „Daran habe ich nicht gedacht.“ Er ließ wiederum die Minister kommen: „Sie werden mir den Frühling wieder in den Kalender einfügen; das Land braucht ihn.“ — „Unmöglich, Majestät. Der Frühling läßt sich nicht zurückholen, wenn er vorüber ist.“ — „Ich will ihn aber haben“, erwiderte der junge Kaiser und nach kurzem Bedenken sagte er hinzu: „Ein Frühling muß sein... aber ein winterlicher.“ Die Diener nickten zustimmend. Die Gärtner erhielten Befehl, in allen Beeten abgeschnittene Blumen einzuflecken; das sollte ein Sinnbild des Frühlings sein. Die Dichter feierten jetzt den Venz und die Hölische sangen ihre Strophen nach. Aber ein Frühling war's halt nicht. Denn der Winter, der sich nicht entthronen läßt, setzte sein Wüten fort; die Erde war bis ins Herz erstarrt, die Vegetation tot. Da weinte der junge Kaiser in seinem Palast, weil der Frühling, den er erwartete, nicht kam.

Harter Dienst. Ein seltsamer Vorgang wird aus Wien gemeldet. Am Sonntag vormittag wurde in das Wiener Postsparkassenamt die Rettungsgesellschaft gerufen, wo achtzehn Beamte von Aufregungskrankheiten, Ohnmachten und Krämpfen befallen worden waren. Die Kranken sagten an, daß sie infolge Ueberbürdung in 10-11stündigem Dienst in diese Zustände geraten seien. Die Rettungsgesellschaft leistete ihnen die erste Hilfe. Außerdem wurden noch fünf Personen von Aufregungszuständen und Weinkrämpfen befallen.

Schiffunglück. Am Dienstag Abend ist in Bordeaux aus dem Ort der deutsche Dampfer „Frieda“ eingetroffen, der berichtet, daß er eine sehr kümmerliche Ueberfahrt gehabt habe. Am 3. Januar ergoß sich während eines furchtbaren Sturmes eine Sturzflut über das ganze Schiff. Drei Mann der Besatzung ertranken und dem zweiten Offizier wurde ein Bein gebrochen. 129 Fässer Petroleum, die auf Deck verladen waren, gingen über Bord. Das Schiff ist nur leicht beschädigt.

Hotelbrand. Aus Minneapolis (Amerika) wird berichtet: Das hiesige Westendhotel ist niedergebrannt. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind acht Hotelgäste in dem Flammen um's Leben gekommen. Man fürchtet aber, daß noch andere Personen ihr Leben eingebüßt haben. Der Feuerwehrrhauptmann stürzte bei dem Versuch, eine Frau zu retten, ab und starb.

Stadthallen-Theater.

Don Carlos, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Die Direktion des Stadthallen-Theaters hat bereits wiederholt das übliche Bestreben gezeigt, dem minderbemittelten Publikum die Werke unserer Dichterheroen zu verhältnismäßig geringen Preisen zu bieten. Nun kommt es jedoch nicht allein darauf an, daß die Klassiker an unserer Bühne zu Worte kommen, sondern es ist besonders Gewicht auf die Art und Weise zu legen, wie sie geboten werden. Und da ist manches Verbesserungsbedürftig. Es scheint, als ob auf die Einstudierung der klassischen Dramen nicht immer die nötige Sorgfalt gelegt wird. Darunter leidet jedoch nicht nur der Eindruck, den der Zuschauer von der Dichtung erhält, sondern es wird auch eine Sünde an dem Schöpfer derselben begangen. Dann kommt noch hinzu, daß man durch Streichungen, die auch nicht immer glücklich vorgenommen werden, den Theaterabend möglichst verkürzen will, und dabei das Drama entwertet. Die vorstehend stizierten Ausstellungen treffen auf die Wiedergabe von Schillers „Don Carlos“ am Mittwoch zu. Der Eindruck der prächtigen Dichtung ging durch die in mancher Hinsicht ungenügende Aufführung zum großen Teil verloren. Von den Mitwirkenden verdient in erster Linie Herr Brand genannt zu werden, der den Philipp spielte. Wenn es ihm auch nicht gelang, den finstern Herrenmenschen überzeugend darzustellen, denn dazu mangelt ihm Organ und Figur, so hatte er doch seine Rolle studiert und auch durchdacht, was man an diesem Abend leider nicht vor allen seinen Kollegen sagen konnte. Dem Marquis Posa des Herrn Jacoby fehlte die hinreichende Beredsamkeit und das ändernde Feuer, durch welches dieser Verfechter der Gedankenfreiheit begeistert wirkt. Als Don Carlos debütierte ein junger Künstler vom Stadthallen-Theater in Barren, Herr Klein. Wenn ihm auch der Eifer anzumerken war, mit dem er sich seiner Aufgabe hingab, so fehlte seinem unglücklichen Gelben doch der feinere Schluß sowohl im Spiel wie auch in der Behandlung des Organs, das in der Erregung rau und unympatisch klang. Der Herrler der Niederlande, Alba, wurde von Herrn Spamer auf den Wiedermann hinausgespielt und paßte somit nicht in den Rahmen des Schillerischen Dramas. Von den Damen waren Fräulein Gagen (Eoli) und Fräulein Leithner (Königin) zwar nicht immer sicher, aber doch annehmbar. Der Herrmann und namentlich der Domingo waren direkt ungenügend besetzt. Aus dem schäftigen Priester wurde geradezu ein Humorist. Auch die Besetzung der kleineren Rollen hat keinen Anspruch auf Lob. Offenlich läßt sich die strebame Direktion unserer Bühne durch den reichen Beifall, der dem dramatischen Gedicht folgte, nicht täuschen, sondern sorgt dafür, daß die Volksvorstellungen diesen auch verdienen. Für das Volk ist das Beste grade gut genug!

Stenographen-Bismarck.

Gambura, 11. Januar. Der Schweinehandel verlief äußerst lebhaft. Zufuhr wurden 94 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Sengschweine — 120, Bergschweine — schwere 72-73 Mk., leichte 73 Mk., Sauen 66-70 Mk. und Ferkel 70-72 Mk. pro 100 Pfd.

Rote Rabattmarken.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

Rote Rabattmarken.

Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben, sowie Schuhwaren

Es bietet sich für jedermann eine selten günstige Gelegenheit, wirklich solide und anerkannt gute Waren zu Spottpreisen zu kaufen. Besehtigung der Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.

Louis Levy, Lübeck,

5 Klingenberg 5, 2-4 Ecke Marlesgrube 2-4.

Priester-Hölzer

(D. R. P. Nr. 90930 und 116955)
sind die besten!
Man fordere deshalb stets die geruchlosen
Priester-Hölzer



Auf Teilzahlung.
Scht. Sngt. Singer
Trittmach. und Hand-
nähmaschinen.
Günstigste Zahlungsbe-
dingungen von Mk. 65
an, geschweift Kästen u. Tisch.
Scht. Singer-Trittmach. u. m. grabem
Kästen Mk. 50 fort.
5 Jahre Garantie. Reparaturen gratis.
H. A. Hill, großes Nähmach. Lager,
meh. Reparatur-Werkstatt.
Johannisstraße 9.

Sente Sonnabend
frische Flohmen
per Pfund 75 Hg.
W. C. Koepcke
Wurstfabrik
Klingenberg 3-4.

Neu! „Hella“ Neu!
mit Metallkopf
bester Glühkörper der Jetztzeit.
Derselbe ist sehr haltbar
und sehr hellbrennend.
Lager bei:
Lübeck. **Otto Schweichler.**

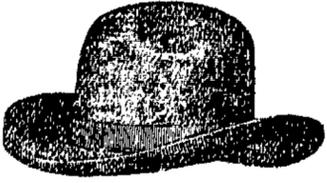
Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.
Johannisstraße 50.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts

Total-Ausverkauf.

H. Stoppelman

Schirmfabrik und Hut-Bazar
Lübeck, 73 Königstrasse 73, Eingang Huxstrasse, Lübeck.
Filiale: Schmartaun, Markt 12.



Nur kurze Zeit!
Gr. Schuhwaren-Inventurausverkauf.
10 pCt. Rabatt oder doppelt grüne Rabattmarken.
Friedr. Meyer, Huxstraße 118.

„Die Neue Zeit“

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Lokal-Verband der Hafenarbeiter Lübeck.

General-Versammlung

am Sonntag den 14. und 21. Januar
nachmittags 2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Jahresabrechnung. 2. Statutenberatung. 3. Wahlen.
4. Unser Lohn tariff.
NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
Der Vorstand.



Uhren, Gold- u. Silberwar.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrmacher,
Königsstraße 62, bei der Börse.

Im April
wird der Zoll auf Kakao ermässigt, um
bis dahin meinen grossen Abschluss
abzunehmen, verkaufe ich einen wirklich
schönen
KAKAO
zu 1.00 und 1.20 Mk. pro Pfund.
H. Bülck
Fernspr. 149. Breitestrasse 54.

Achtung Schmiede!

Versammlung

am Sonnabend den 13. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Die Anträge des Zentralvorstandes zur
Generalversammlung.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1905 und
Abrechnung vom Weihnachts-Vergütigen.
3. Fragekasten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Öeffentliche

Volks-Versammlung

am Montag den 15. Januar 1906
im großen Saale des „Vereinshauses“, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
**Das geplante Attentat auf die
Tabak-Industrie.**
Ref.: Reichstagsabg. von Elm-Hamburg.
2. Diskussion.
Wir ersuchen die Tabakinteressenten u. Kon-
sumenten, recht zahlreich zu erscheinen.
**Die Kommission der Tabakarbeiter
Lübecks.**

Arbeiter-Bildungsschule in Lübeck.

Volkslieder-Abend

unter Mitwirkung der
Gesangvereine „Eintracht“, „Graphische Liedertafel“ und „Maler-Liedertafel“
sowie namhafter gesanglicher Kräfte
am Mittwoch d. 24. Januar 1906
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.
Preis der Karte 20 Pfg.
Der Vorstand.
Karten sind zu haben im Vereinshaus; Expedition des „Lübecker Volksboten“;
Wittfoot, Huxstraße 18; Grünwald, Böttcherstraße 18; Schröder, Lederstraße 3;
G. Meyer, Friedenstraße 33, II.; Klein, Huxstraße 94; Heu, Bahnhofsstraße 37, II.;
Stelling, Gneisenaustraße 1a, I.; Häring, „Vorstädtische Bierhalle“; Körner,
Kupferschmiedestraße 11, Schmoor, Fadenburg; Fick, Fadenburg.
Die Gewerkschaftsvorstände werden höflichst ersucht, an diesem
Tage keine arößeren Versammlungen abzuhalten.
D. D.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung und Ausnahm. der Anst. „Lübeck und Hagen-Region“ sowie der im P. L. genannten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Hagen-Region“ sowie die im P. L. genannten Artikel und Notizen: Paul Böwiel. — Druck: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Gedruckt in Lübeck.